

Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 9.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 26. Februar bis 4. März 1909.

Posen, den 9. März 1909.

B e r i c h t

über den Verlauf des am 28. Februar d. J.
im Viktoriahotel zu Pleschen abgehaltenen
3. Verbandstages des Verbandes polnischer
Kaufleute für das Deutsche Reich.

Posen, den 2. März 1909.

Etwa 150 Vertreter der polnischen Kaufmannschaft, zum größten Teil aus der Provinz Posen, hatten sich zu dieser vom Verbandsvorstande in Posen einberufenen Versammlung eingefunden.

Die Versammlung wurde um 2,10 Uhr nachmittags mit einer kurzen Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des kaufmännischen Vereins in Pleschen, Kaufmann **Gdeczył**, eingeleitet, der die Versammelten namentlich der Stadt und namens der Pleschener Kaufmannschaft willkommen hieß.

Alsdann eröffnete der Verbandsvorsitzende, Stadtrat und päpstlicher Kammerherr **Cegielski** = Posen, die Versammlung, indem er darauf hinwies, daß mit Rücksicht auf den unglücklichen § 12 des Vereinsgesetzes der Verbandstag in Posen nicht abgehalten werden könne. Von allen Berufsständen der polnischen Gesamtheit — führte Redner weiter aus — sei die Kaufmannschaft noch am schlechtesten organisiert, woran die gegenseitige Konkurrenz schuld sei, die sich auch auf das Vereinsleben übertrage. In den gegenwärtigen unglücklichen Verhältnissen müsse sich in jedem Stande eine Kraft heranbilden, und diese Kräfte zusammen bildeten erst eine kräftige Volksgesamtheit und eine kräftige Nation. Redner schloß seine Ausführungen mit der Hoffnung, daß der Verbandstag gute Früchte zeitigen möge.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorsitzenden und der Schriftführer.
2. Die Gründung eines kaufmännischen Unterstützungsvereins (Bratnia Pomoc Kupiecka); Referenten: Samulski aus Pleschen und Thomas aus Borek.
3. Die Gründung eines Kolonialwarenkauflaufes in Posen; Referenten: J. Jeziorowski aus Miłosław und Rechtsanwalt v. Drwenski aus Posen.
4. Verschiedenes.

Zu 1. Es wurden gewählt: zum Vorsitzenden der Verbandsvorsitzende **Cegielski**, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Verbandschriftführer **v. Dzowski**, und zu Schriftführern **Jiolkowski** = Pleschen und **Gramkiewicz** = Posen.

Als Beisitzer wurden berufen: **Gdeczył** = Pleschen, **Podleski** = Koschmin, **Wojtkowski** = Hohenfalsa, **Wajnski** = Jarotschin, **Stowronski** = Strelno, **Slojarczył** = Posen, **Thomas** = Borek, **Jeziorowski** = Miłosław, **Samulski** = Pleschen und **Pijikner** = Posen.

Außerdem hatten am Vorstandstisch noch Platz genommen der Verbandskassierer Dr. **Pernaczynski** =

Posen, der Verbandsyndikus, Rechtsanwalt **v. Drwenski** = Posen und das Mitglied des Verbandsvorstandes **A. Jakubowski** = Hohenfalsa.

Zu 2. Nach Verlesung einiger Begrüßungstelegramme erhielt **Samulski** = Pleschen das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung „Gründung eines kaufmännischen Unterstützungsvereins“. Auf die schlechte Lage der polnischen Volksgesamtheit und der polnischen Kaufmannschaft in Folge der verschiedenen antipolnischen Gesetze hinweisend, führte Redner aus: Die polnische Volksgesamtheit müsse alle Kräfte spannen, um nicht die Rolle eines neuzeitigen Sklaven zu spielen. Wenn andere Berufsstände schon längst das Bedürfnis gefühlt hätten, sich zu organisieren, so sei die polnische Kaufmannschaft erst vor einigen Jahren dazu geschritten. Wenn die polnische Volksgesamtheit heute über eine schlechte Geschäftslage, über schlechten Kredit, über allzugroße Konkurrenz, sowie über ungenügenden kaufmännischen Nachwuchs klage, so gebe das Veranlassung zum Nachdenken. Die Ursachen hierfür beständen in den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen der Polen und in der mangelhaften Erziehung der kaufmännischen Jugend. Deshalb müsse sich die Kaufmannschaft vor allen Dingen die bessere Erziehung der kaufmännischen Jugend angelegen sein lassen, denn gerade an den Kaufmann würden heute die größten Anforderungen gestellt. Auch sollte darauf gehalten werden, daß sich die Kaufmannsöhne möglichst dem Kaufmannsstande widmeten, damit sich die polnischen Geschäfte in der Familie forterbten und sie der Volksgesamtheit erhalten blieben. Unter den Polen, besonders aber in Kongresspolen, herrsche noch eine große Abneigung gegen den Kaufmannsstand, die aber schwinden werde, wenn die Ausbildung der Kaufleute eine sorgfältigere sein werde. Um dies zu erreichen, sei der Besuch von Handelsschulen und eine Tätigkeit in großen mustergültigen Kaufhäusern des In- und Auslandes zu empfehlen. In der im Juni 1907 in Pleschen abgehaltenen kaufmännischen Gauversammlung sei zuerst der Gedanke angeregt worden, einen Verein zu gründen, der sich mit der besseren Ausbildung der kaufmännischen Jugend befassen solle, und in der im Juni 1908 in Koschmin abgehaltenen kaufmännischen Gauversammlung habe eine zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission schon fertiges Material in der Form eines Satzungsentwurfs für einen zu gründenden „kaufmännischen Unterstützungsvereins“ (Bratnia Pomoc Kupiecka) vorgelegt. Die Gründung eines solchen Vereins empfehle sich sowohl im Interesse des kaufmännischen Nachwuchses, als auch im Interesse der Zukunft der polnischen Kaufmannschaft.

Der Korreferent, Kaufmann **Thomas** = Borek beschränkte sich nur darauf, an die Versammlungsteilnehmer zu appellieren, die bessere Fachausbildung der kaufmännischen Jugend durch Geld und Tat zu fördern.

Aus der etwa zwei Stunden währenden Diskussion ist hervorzuheben:

Rechtsanwalt **v. Drwenski** = **Posen** sprach sich gegen die Gründung eines besonderen Vereins aus, und empfahl, von den Verbandsmitgliedern einen besonderen Jahresbeitrag für eine Unterstützungskasse zu erheben, welche die bessere Fachausbildung der kaufmännischen Jugend fördern solle.

Dagegen wendete sich namentlich Kaufmann **Rzepecki** = **Posen**, der die Tätigkeit des zu gründenden Vereins nicht nur, wie beabsichtigt, auf die Provinz Posen beschränkt, sondern auf ganz Deutschland ausgedehnt wissen will. Außerdem stellte er verschiedene Abänderungsanträge zu dem Satzungsentwurf, die zum Teil mit den im weiteren Verlaufe der Diskussion beschlossenen Satzungen zur Annahme gelangt sind.

Nachdem einige Redner darauf hingewiesen hatten, daß sich die dem zu gründenden Verein beitretenen Kaufleute etwa abhalten lassen könnten, den **Marcinkowski-Verein** weiter zu unterstützen, ersuchte der Vorsitzende, den **Marcinkowski-Verein** nicht in die Debatte hineinzuziehen, da er mit dem zu gründenden Verein in keinem Zusammenhang stehe.

Dr. **Rubacki** = **Pleschen** meinte aber, daß er trotzdem auf den **Marcinkowski-Verein** eingehen müsse. Die Initiatoren des zu gründenden Vereins seien der Ansicht gewesen, daß durch einen solchen Verein der **Marcinkowski-Verein** gefährdet werden könne. Deshalb habe sich Redner mit der Direktion des **Marcinkowski-Vereins** in Verbindung gesetzt, die erklärt habe, das Projekt nicht unterstützen zu können, aber sie wolle alle Beiträge der Kaufmannschaft für die kaufmännische Jugend verwenden. Der **Marcinkowski-Verein**, der zum Teil die Stütze der **Polen** Zukunft sei, verwende schon jetzt von seinen allgemeinen Einnahmen von 125 000 *M.* 40 000 *M.* für die kaufmännische Jugend. Man müsse also den **Marcinkowski-Verein** weiter unterstützen, aber trotzdem einen kaufmännischen Unterstützungsverein, wenn auch vorläufig auf kleiner Grundlage, gründen.

Inzwischen waren erschienen Rechtsanwalt **Czypicki** = **Poschmin**, Vorsitzender des Verbandes der polnischen Industrievereine, und Bankdirektor **Honcia** = **Posen**, Vorsitzender der Vereinigung junger polnischer Kaufleute in **Posen**.

Nach Schluß der Diskussion erklärten sich fast alle Versammlungsteilnehmer für die Gründung eines „kaufmännischen Unterstützungsvereins für das Deutsche Reich“ unter dem Namen „Towarzystwo Pomoc Nankowo-Kupiecka na Rzeszę Niemiecką“.

Die beschlossenen Satzungen haben folgenden Wortlaut:

§ 1.

Der Verein bezweckt, der kaufmännischen Jugend sowohl Lehrlingen wie Gehilfen, zur Hilfe zu kommen hinsichtlich ihrer Bervollkommnung im kaufmännischen Beruf.

Dies wird der Verein anstreben durch

1. Erleichterung des Besuchs von Handelsschulen,
2. Unterbringung in mustergültigen Handelshäusern des In- und Auslandes.

§ 2.

Sitz des Vereins ist **Posen**. Seine Tätigkeit erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich.

§ 3.

Mitglieder des Vereins können volljährige Kaufleute, Gewerbetreibende, sowie Handlungsgehilfen beiderlei

Geschlechts werden. Wer Mitglied werden will, muß sich mündlich oder schriftlich beim Vorstand melden. Über die Aufnahme der Mitglieder entscheidet der Vorstand.

Wer nicht aufgenommen wird, hat das Recht der Berufung an die Generalversammlung.

§ 4.

Mitglieder, die selbständig sind, zahlen einen Jahresbeitrag von 6 *Mk.*, Gehilfen einen solchen von 4 *Mk.* Höhere Beiträge sind zulässig.

Jedem Mitglied steht das Recht zu, geeignete Kandidaten zur Gewährung von Beihilfen vorzuschlagen.

§ 5.

Wer aus dem Verein austreten will, muß dies dem Vorstand schriftlich mitteilen.

Dagegen können ausgeschlossen werden:

- a) Mitglieder, die zwei Jahre mit ihren Beiträgen im Rückstande sind,
- b) Mitglieder, die in Konkurs geraten sind,
- c) Mitglieder, die eine ehrlose Tat begangen haben,
- d) Mitglieder, welche den Verein in irgend einer Weise schädigen.

Über die Ausschließung eines Mitgliedes entscheidet der Vorstand.

Dem ausgeschlossenen Mitgliede steht das Recht der Berufung an die Generalversammlung zu. Die Rechte eines solchen Mitgliedes bleiben solange suspendiert, bis die Generalversammlung die Sache entschieden hat.

§ 6.

An der Spitze des Vereins steht ein Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem Schriftführer, dem Kassierer und 4 Beisitzern. Der Vorstand wird von der Generalversammlung auf 3 Jahre gewählt. Dem Vorstand müssen 3 Vorstandsmitglieder des Verbandes polnischer Kaufleute und ein Vorstandsmitglied der Vereinigung junger polnischer Kaufleute angehören. Falls diese die Wahl nicht annehmen, können auch andere Personen in den Vorstand gewählt werden. Der Vorstand vertritt den Verein nach außen, verwaltet das Vereinsvermögen, nimmt Mitglieder auf, schließt Mitglieder aus und gewährt Beihilfen im Sinne des § 1 der Satzungen.

Über Tätigkeit des Vereins erstattet der Vorstand in der jährlichen Generalversammlung genauen Bericht. Außer der jährlichen Generalversammlung ist der Vorstand befugt, nötigenfalls jederzeit eine außergewöhnliche Generalversammlung einzuberufen.

§ 7.

Die vom Vorstande im Monat März j. J. einzuberufende Generalversammlung hat folgende Rechte und Pflichten:

- a) die Wahl der Vorstandsmitglieder,
- b) die Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen und des Vermögensstandes des Vereins,
- c) Beschlüsse über Satzungsänderungen zu fassen,
- d) Beschlüsse über eine etwaige Auflösung des Vereins zu fassen.

Auf schriftlichen Antrag mindestens $\frac{1}{10}$ der gesamten Mitglieder muß der Vorstand eine außerordentliche Generalversammlung einberufen.

Die Einberufung einer solchen Versammlung muß mindestens 4 Wochen nach Eingang des Antrages erfolgen.

Die Generalversammlungen müssen mindestens in vier gelesenen Blättern bekannt gemacht werden.

Die Beschlüsse der Generalversammlung werden mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt (außer § 10 Absatz 1).

§ 8.

Beihilfen zum Studium im Sinne des § 1 können jungen Leuten gewährt werden, die:

- a) mindestens eine zweijährige Tätigkeit im kaufmännischen Berufe nachweisen können und wenigstens 17 Jahre alt sind,
- b) gute Zeugnisse über ihre Tätigkeit und Führung vorlegen können,
- c) genügende Schulkenntnisse besitzen, um sich mit Vortheil weiter bilden zu können.

Beihilfensempfänger müssen nach jedem Semester sowie nach Beendigung der Schule ihre Schulzeugnisse dem Vorstande einreichen.

Die ihnen gewährten Beihilfen müssen sie als Ehrenschuld ansehen und sie nach Möglichkeit wieder zurückzahlen.

§ 9.

In jedem Orte, wo einige Vereinsmitglieder sind, wählt der Vorstand drei von ihnen zu Vertrauensmännern.

Ihre Aufgabe wird bestehen in der Einsammlung der Beiträge, Annahme von Mitgliedsmeldungen, Annahme von Anträgen um die Gewährung von Beihilfen, sowie in der Äußerung über die Kandidaten, die um Beihilfen einkommen.

§ 10.

Die Auflösung des Vereins kann auf einen Beschluß der zu diesem Zweck besonders einberufenen außerordentlichen Generalversammlung erfolgen, wenn er mit $\frac{3}{4}$ der anwesenden Stimmen gefaßt wird.

In der Bekanntmachung der Generalversammlung muß die Tagesordnung angegeben werden, und die Bekanntmachung muß 14 Tage vor der Abhaltung der Generalversammlung erfolgen.

Im Falle der Auflösung des Vereins geht das Vereinsvermögen auf den **Marcinkowski-Unterrichtshilfsverein** in Posen über.

In den **Vorstand** des neu gegründeten Vereins sind gewählt worden:

Bendlewicz-Pleschen, Cegielski-Posen, Dr. Honcia-Posen, Otmianowski-Posen, von Dzowski-Posen, Dr. Bernaczynski-Posen und Thomas-Borek.

Nun erhielt das Wort **Jesiorowski-Miloslaw** zu Punkt 3 der Tagesordnung, „Gründung eines Kolonialwarenkauflaufhauses in Posen.“

Unter Hinweis auf einen vom Redner im März v. J. verfaßten Artikel, der in fast allen polnischen Blättern erschienen sein soll und der die Gründung eines Kolonialwarenkauflaufhauses forderte, ging Redner über auf die Frage: „Warum hebt sich die polnische Industrie nicht?“, die von dem Warschauer Blatt „**Patryotyzm polski przemysłowy**“ (Polnischer Industriepatriotismus) an seine Leser gestellt worden ist. Im besonderen beschäftigte sich Redner mit den drei nachfolgenden Unterfragen:

1. Was für wirtschaftliche Institutionen, Vereine und Verbände müssen wir gründen, um die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens auf allen seinen Gebieten zu fördern?
2. Was muß geschehen, um den polnischen Handel und die polnische Industrie zu heben?
3. Auf welche Weise können wir uns von den Fremden wirtschaftlich unabhängig machen?

Diese drei Fragen — führte Redner weiter aus — seien schwer zu beantworten, weil die Polen in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen lebten und vom Staat sowie von den Gemeinden nicht unterstützt würden. Sie müßten sich deshalb auf ihre eigenen Kräfte verlassen und durch Gründung eines Vereins, der sich

mit dem Ein- und Verkauf von Kolonialwaren im großen Maßstabe befaßt, den polnischen Handel und die polnische Industrie zu heben suchen. Vielleicht könnte ein solches Kaufhaus auch die Initiative und Anregung geben zur Gründung weiterer Fabrikunternehmen und zur Herstellung von Artikeln, die bisher noch von den Fremden bezogen werden. Fast in allen Provinzen Deutschlands seien solche Zentralgeschäfte gegründet. In Hamburg habe z. B. ein solches Kaufhaus im vergangenen Jahre bei 180 Mitgliedern einen Umsatz von 1 420 973 *M* gehabt. In demselben Jahre seien an die Mitglieder infolge günstiger Einkäufe 7475 *M* zurückvergütet worden, und der Reingewinn habe 15 193 *Mark* betragen. Ein anderes Zentralkaufhaus in Berlin habe im vergangenen Jahre bei 1 210 700 *Mark* Jahresumsatz einen Reingewinn von 14 500 *Mark* zu verzeichnen gehabt. Wenn sich nun auch der polnische Handel und die polnische Industrie in den letzten Jahrzehnten gehoben hätten und die Zahl der Fabriken und industriellen Werke gewachsen wäre, so müßten doch noch festere Grundlagen geschaffen werden, um im polnischen Handel eine widerstandsfähige Kraft zu schaffen. Wenn die polnische Gesamtheit bedeutende Kapitalien für nationale Gebäude sowie für nationale und wohltätige Zwecke habe sammeln können, dann würden sich auch Gelder finden, um die Entwicklung des polnischen Handels zu fördern und seine Zukunft zu sichern. Wenn alle die Gelder, die viele Polen noch in Banken niedergelegt, im Interesse des polnischen Handels und der polnischen Industrie verwendet würden, dann könnten sich diese Zweige vorteilhaft entwickeln und die Attacken der „Busenfreunde“ der Polen abwehren.

Der Korreferent, Rechtsanwalt **v. Drwenski-Posen**, betrachtete die Angelegenheit der Gründung eines Kolonialwarenkauflaufhauses etwas pessimistischer. Die beste Form, welche dafür in Betracht käme — führte er aus — sei die Form eines gewöhnlichen Vereins mit Korporationsrecht, das der Minister ihnen (den Polen) aber nicht verleihen werde. Deshalb sei diese Form für sie ausgeschlossen. Die populärste Form, die auch die polnischen Volksbanken gewählt hätten, sei die eingetragene Genossenschaft; es sei aber unmöglich, auf diesem Wege das zur Gründung eines Kolonialwarenkauflaufhauses notwendige Anlagekapital von 3 bis 400 000 *Mark* in kurzer Zeit zusammenzubringen. Es bliebe ihnen also nur noch die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung übrig, wo 5 bis 6 Personen zusammentreten und das nötige Kapital aufbringen. Er — Redner — schlage daher die Wahl einer Kommission vor, die geeignete Geldleute auszuwählen hätte, welche zu einer Gesellschaft m. b. H. zusammentreten und zur Gründung eines Kolonialwarenkauflaufhauses schreiten müßten.

Im Anschluß an diese Referate wurde die Anwesenheit von etwa 40 Kolonialwarenhändlern konstatiert.

In der Diskussion vertrat **Handfielwicz-Posen** die Ansicht, daß von Privatleuten eine Summe von 3—400 000 *Mk.* nicht aufgebracht werden würde, aber die polnischen Banken, die jetzt nicht mehr parzellieren könnten, also Geld genug auf Lager hätten, wie z. B. die Bank in Crone a. d. Br., müßten hier eingreifen. Im übrigen hält Redner ein Anlagekapital von 3—400 000 *Mk.* für viel zu niedrig.

Thomas-Borek führte aus, daß nicht angenommen werden dürfe, die polnischen Kaufleute würden nun ohne weiteres das Kaufhaus in Anspruch nehmen, weil es eine polnische Gründung sei, nein, sie müßten sich erst überzeugen, ob es auch etwas leisten könne. Es empfehle sich daher, an die Spitze eines solchen Unternehmens einen Mann zu stellen, der selbst mit entsprechendem Kapital an dem Unternehmen beteiligt sei.

Nzepecki = Posen meint, daß es ja schon private Engroßgeschäfte gebe, die aber vor der deutschen und jüdischen Konkurrenz nicht schützen könnten. Es wäre besser, wenn sich etwa 10 Banken mit je 50000 Mk. an der Gründung eines großen polnischen Kaufhauses beteiligten. Wenn die fremden Geschäfte 3 Monate Kredit gewährten, müßte das polnische Kaufhaus 4 Monate Kredit gewähren, und auf diese Weise den polnischen Kaufleuten größere Vorteile gewähren.

Bankdirektor Honcia = Posen erklärte, daß sich die polnischen Banken an einem solchen Unternehmen nicht beteiligen könnten, sie könnten es nur durch Kreditgewährung unterstützen.

Das Resultat der Diskussion war die Wahl einer Kommission mit Kooptationsrecht, die sich mit der Gründung eines Kolonialwarenhauses befassen soll. Die Kommission setzt sich zusammen aus: Thomas-Borek, Basinski-Jarotschin, Gustowski-Posen, Handkiewicz-Posen, Zegjorkowski-Miloslaw und Konopinski-Schrimm.

Zum Punkt 4: „Verschiedenes“ erhielt der Verleger des Verbandsorgans „Kupiec“ (der Kaufmann), **Gustowski** = Posen, das Wort, der in längeren Ausführungen die Unterstützung seines Blattes, das immer noch materielle Mißerfolge aufzuweisen habe, den Versammlungsteilnehmern dringend empfahl. Der Verbandschriftführer **von Ozdowski** = Posen verlas hierauf nachstehende Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte:

„Die auf dem 3. Verbandstage der Kaufleute am 28. Februar 1909 in Pleschen versammelten Vertreter der polnischen Kaufmannschaft solidarisierten sich einstimmig mit dem am 7. Mai 1908 an den Aufsichtsrat des Bazar in Posen gerichteten Schreiben der Vertreter von 50 polnischen Firmen in Posen, und sprechen gleichzeitig ihre größte Entrüstung aus über die kränkende Behandlung der polnischen Kaufmannschaft seitens des Leiters des Bazar, einer Institution, die durch den großen Marcinkowski zum Nutzen der ganzen Volksgesamtheit ins Leben gerufen worden ist.“

In dem erwähnten Schreiben der 50 Vertreter polnischer Firmen an den Bazar, das in der Nr. 47 des Kurjer Poznański vom 27. Februar d. J. abgedruckt ist und in der nächsten Nummer des Gesamtüberblicks erscheinen wird, ist der Leitung des Bazar zum Vorwurf gemacht worden, daß sie beim Einkauf von Waren usw. fremde Firmen den polnischen Firmen vorziehe.

Kurz vor 7 Uhr abends wurde der Verbandstag nach fünfstündiger Dauer geschlossen.

Wietusch,
Regl. Polizeisekretär.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 47 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 27. Februar 1909:

Betrifft die Mandatsniederlegung des Abg. v. Chrzanowski.

Es ist wahr, daß Herr Rechtsanwalt Bernhard v. Chrzanowski wegen der verschiedenen Ämter, die er bekleidet, mit Arbeit überbürdet ist. Darum würden wir uns auch nicht darüber wundern, wenn er sein Reichstagsmandat niederlegte, besonders da in letzter Zeit immer zahlreichere Meinungsäußerungen auf-

tauchen, in denen von den Abgeordneten intensive Arbeit verlangt wird.

Stets überlegend, mit jedem Worte rechnend, dabei ein Patriot von ganzem Herzen, erfreute sich der Abgeordnete v. Chrzanowski des Ansehens und Vertrauens in breiten Kreisen der Volksgesamtheit. Klar und offen hat er seine parteipolitischen Überzeugungen immer erklärt, stets und überall trat er maßvoll auf. Erst als er in letzter Zeit ein Kurjeranhänger geworden war, erweckte er in Volks- und aufrichtig demokratischen Kreisen gewisse Zweifel.

Wenn der Abgeordnete v. Chrzanowski aus der parlamentarischen Arena scheiden wird, dann wird die Volksgemeinschaft nichts einbüßen, sondern gewinnen, da er in der Heimat mit seiner Arbeit ihr bessere Dienste leisten wird, als in der undankbaren und wenig fruchtbringenden parlamentarischen Arena.

Was die Kandidatur Piotrowski betrifft, so sind die Ausführungen der Gazeta Torunska etwas verfrüht. Eine Arbeiterkandidatur ist zwar den breiten Volksschichten sympathisch, sie wird auch in Posen kräftige Unterstützung erfahren, weil sie im nationalen Interesse liegt, — es ist jedoch die Frage, ob gerade die Kandidatur des Herrn Piotrowski eine solche Kandidatur wäre. Er hat unnötigerweise mit der Abgeordneten-Reklamefabrik auf der Bergstraße (Kurjer Poznański) kokettiert und zu sehr deren Einflüssen vertraut, die nur insoweit Bedeutung haben, als in anderen Kreisen Apathie und Abneigung herrschen, sodaß den Kurjerkommandanten das Feld ohne Kampf überlassen wird.

Diese Lage kann sich jedoch ändern, und dann könnte die Abgeordnetenfabrik des Kurjer Bankerott machen.

Übrigens hat der Kurjer schon bei den letzten Wahlen die Arbeiter zum Narren gehabt, obgleich Herr Piotrowski sich dem Blatte nach allen Richtungen hin dienstbar gemacht hat.

Aus Nr. 48 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Februar 1909:

Betrifft die angebliche Mandatsniederlegung des Reichstagsabgeordneten v. Chrzanowski.

Die Gazeta Torunska und nächst ihr einige andere Blätter teilten mit, der Reichstagsabgeordnete Herr Bernhard v. Chrzanowski lege sein Mandat nieder. Wir erfahren aus authentischer Quelle, daß diese Mitteilung verfrüht ist.

Aus Nr. 50 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 3. März 1909:

Erklärung.

In den letzten Tagen brachten die Gazeta Torunska und nächst ihr der Goniec sowie andere Blätter die Mitteilung vom Rücktritt des Abgeordneten Herrn v. Chrzanowski, wobei sie hinzufügten, der Nachfolger werde wahrscheinlich der Arbeiterkandidat Herr Piotrowski sein usw.

Ohne festzustellen, inwieweit die Tatsache mit der Wirklichkeit übereinstimmt, fühle ich mich gezwungen, zu erklären, daß ich das von der breiten Allgemeinheit der Arbeiter mir angebotene Mandat nicht annehmen kann und nie annehmen werde. Indem ich allen Freunden, die sowohl während der Landtagswahl, als auch während der letzten Wahl in Wahlkreise Schrodaschrimm meine Person unterstützt haben, den auf-

richtigsten Dank ausdrücke, bitte ich zugleich dringend, meinen unbedeutenden Namen nicht in den Strudel des Kampfes um die Mandate hineinzuziehen.

P o s e n , den 27. Februar 1909.

Ergebenst

Adam Piotrowski.

* * *

Obige Erklärung ist bezeichnend. Es sollen unter den Arbeitern bezüglich des Kandidaten Mißverständnisse entstanden sein. Ein Teil der Arbeiter begünstigt Herrn Piotrowski, ein anderer Herrn Sojnski und noch andere sonstige Kandidaten. Diese Mißverständnisse in den Arbeiterkreisen rächen sich an der Haut der polnischen Arbeiter. Wie man uns informiert, fachen gewisse Leute diese Zwietracht unter den Arbeitern an und tragen absichtlich Mißgunst in die Arbeiterkreise, von der Idee ausgehend, daß, wo zwei sich zanken, der Dritte lacht.

Aus Nr. 48 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 28. Februar 1909:

Ein parlamentarischer polnischer Sieg.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, hat der von der polnischen Fraktion im Reichstage eingebrachte Antrag in namentlicher Abstimmung bei ziemlich starker Besezung des Hauses eine ansehnliche Mehrheit erzielt.

Wenngleich wir uns nicht mit der Hoffnung täuschen, daß dieser parlamentarische Sieg die preußische Regierung sogleich zu einer Wendung in ihrer unglückseligen antipolnischen Politik veranlassen wird, so kann doch niemand bestreiten, daß das Urteil der deutschen Nation, welches diese Politik ausdrücklich und unzweideutig verdammt, ein Akt und eine Tatsache ist, mit welchem die Rücksichtslosigkeit der preußischen Bureaucratie wird rechnen müssen.

Auch sachlich fielen die Verhandlungen, die über den polnischen Antrag im deutschen Reichstage gepflogen wurden, zum Vorteil unserer Redner und derjenigen deutschen Abgeordneten aus, die sich für den Antrag erklärt hatten.

Solche Beweisgründe, wie die, welche die Gegner des Antrags, Graf Westarp, der neu gewählte Abgeordnete aus dem Wahlkreise Meseritz-Bomst, oder gar der Antisemit Böhme vorgebracht haben und welche leibhaftig aus dem hafatistischen Wörterbuch geschöpft sind, beleuchteten die Niederlage der preußischen Regierung nur noch greller. Dazu kann der Kanzler und preußische Ministerpräsident Fürst Bülow nicht leugnen, daß in dem Beschluß des deutschen Reichstages die Blockpolitik, auf die er sich bisher unerschütterlich stützte, einen empfindlichen Stoß erhalten hat. Dieser Schlag ist um so empfindlicher, als er ihn in dem Moment trifft, wo seine Bemühungen um die Durchführung der Finanzreform im Deutschen Reich mit einem Bruch des unter chauvinistischem Schwunge zusammengeleiteten und mit großer Anstrengung gepflegten Blockes drohen.

Wir drücken gern unserer Fraktion im deutschen Reichstage und den Abgeordneten v. Dziembowski und Seyda unsere Anerkennung aus, die den Antrag gehaltvoll begründet und den Angriff der dagegen aufgetretenen Herren Graf Westarp und Böhme mit unerbittlicher Logik abgewiesen haben. Wenn zu den Stimmen der Auslandspresse, die sich seiner Zeit gegen das Ansiedlungs- und Enteignungsgesetz sowie gegen die ganze Verfolgungspolitik und die gegen die ruhige polnische Bevölkerung erlassenen Ausnahme-gesetze erhoben haben, gegenwärtig sich die Stimme der

Vertretung der deutschen Nation gesellt und die Ausnahme-gesetze sowie die ganze Politik des Fürsten Bismarck und der preußischen Regierung verurteilt, so sollte das nach dem üblichen Gange der menschlichen Dinge nicht ohne Einfluß auf die bleiben, welche die Politik leiten und welche bis jetzt auf die Aufforderungen des hafatistischen Lagers und auf die Anregungen des Rassenhasses mehr gehört haben, als auf die Gefühle des einfachen Rechts und der Gerechtigkeit.

Möge das Verdammnisurteil des deutschen Reichstages für sie eine Mahnung und der Beginn eines gewissenhaften Nachdenkens sein!

Aus Nr. 47 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 27. Februar 1909:

Zum Erzbischof Stablewskifonds

zur ständigen Förderung des polnischen Sprachunterrichts für die polnische Jugend habe ich folgende Spenden erhalten: Dziennik Kujawski 107,70 M., Redaktion der Praca 327,74 M., Redaktion des Dziennik Poznański 466,05, 84,30 und 9 M., Emanuel Mierziński aus Beuthen 1,50 M., Verwaltung des Kraj 25 Rubel (53,45 M.), Kurjer Poznański 258,34 M.

Zusammen sind für den Stablewskifonds eingegangen 8019,09 M. Damit schließen wir die Beitrags-sammlung für den obengenannten Fonds und überweisen die ganze Quote dem Volksbibliothekenverein in Posen als eisernen Fonds auf den Namen des verstorbenen Erzbischofs Dr. Florian v. Stablewski.

Wir überweisen die ganze Summe dem Volksbibliothekenverein in der Überzeugung, daß damit der Absicht der Spender völlig Genüge geschehen wird, besonders da der Volksbibliothekenverein mit seiner Tätigkeit den ganzen preußischen Anteil und das Emigrantentum umfaßt.

P o s e n , den 24. Februar 1909.

Das Komitee

des Erzbischof Dr. Florian v. Stablewskischen Fonds.

[Pfarrer Kościelski, Schatzmeister.

Ich bescheinige hiermit, daß am 28. Januar 1909 der Kasse des Volksbibliothekenvereins als eiserner Fonds auf den Namen des Erzbischofs Dr. Florian v. Stablewski die Summe von 8019,09 M. zugeflossen ist.

Dr. Boleslaus Kapuscinski,

Schatzmeister des Volksbibliothekenvereins.

Aus Nr. 45 des Lech (Gnesen)

vom 25. Februar 1909:

Obligatorischer polnischer Unterricht in den Schulen Posens und Westpreußens.

Die Regierung soll sich mit der Absicht tragen, in den mittleren und höheren Schulen der Provinzen Posen und Westpreußen den polnischen Unterricht für alle Schüler ohne Unterschied der Nationalität obligatorisch einzuführen; an die Leiter der betreffenden Anstalten soll sie ein Rundschreiben betreffs Sammlung entsprechenden Materials gesandt haben, um an der Hand desselben diese Angelegenheit in Fluß zu bringen. Der projektierte Unterricht soll von deutschen Lehrern nach Art des fremdsprachigen Unterrichts erteilt werden.

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß dieser Unterricht nicht für die Polen eingeführt werden wird, er soll vielmehr gegen sie gerichtet sein. Die in den

polnischen Landesteilen wohnenden Deutschen haben stets darüber geklagt, daß der wirtschaftliche Kampf für die Polen leichter sei, weil sie beide Sprachen beherrschen. Um nun den Deutschen den wirtschaftlichen Kampf mit dem polnischen Elemente zu erleichtern, will ihnen die Regierung zum Erlernen der polnischen Sprache verhelfen.

Wir bewundern den Mut der Regierung, die nicht fürchtet, daß sich die polnischsprechenden Deutschen polonisieren könnten.

Was die Polen anlangt, so brauchen wir nicht zu betonen, daß solch ein Unterricht für sie nicht den geringsten Vorteil haben wird. Es wäre auch traurig, wenn sich die Polen mit diesem Bißchen zufrieden geben und sich nicht zu Hause in ihrer Muttersprache vervollkommen wollten!

Die obige Absicht der preußischen Regierung ist immerhin charakteristisch. Sie scheint den Ratschlägen der Safatisten, die nach einer praktischen antipolnischen Politik trachten, immer mehr Gehör schenken zu wollen.

Mus Nr. 40 des Dziennik Poznański (Posen)

vom 2. März 1909:

In der **Reißenener Angelegenheit** nehmen wir nicht das Wort und sprechen nicht unsere Meinung aus, weil wir nicht das Material besitzen, um ein gerechtes und objektives Urteil zu fällen. Die bisherigen Nachrichten, die sich in der Presse zeigten, beruhen auf nicht bestätigten Gerüchten, können also nicht die Grundlage zu einer ernst zu nehmenden Beurteilung bilden. Wir wollen daher die versprochenen authentischen Aufklärungen abwarten, um so mehr, weil angesichts der vollzogenen Tatsache, der geschlossenen Verträge, die man nicht mehr ändern kann, es sich einzig darum handeln kann, ein Urteil zu fällen, das nur dann eine Bedeutung bei dem ernstesten Teil der Gesamtheit haben wird, wenn es auf genau festgestellte Tatsachen gestützt sein wird.

Weil in der Frage des Textes der Verträge mit der Regierung in der Presse und öffentlichen Meinung eine gewisse Unklarheit herrscht, erhielten wir aus einer authentischen Quelle folgende Aufklärung:

Der Vertrag ist auf der Grundlage des status quo geschlossen worden, d. h. auf der Grundlage der bestehenden Familienbeschlüsse sowie der gerichtlichen Entscheidung. Der Fürst Sulkowski bleibt bis an sein Lebensende im Besitze des Majorats Reißen ohne Veränderungen in der administrativen Organisation, ohne jegliche Verluste, aber auch ohne persönliche Vorteile. Nach dem Tode des Fürsten übernimmt die Regierung Reißen als Allodialeigentum und zahlt den Erben des Majorats Herrn eine Entschädigung von etwa 4 Millionen Mark aus.

Der Vertrag beseitigt nicht die Rechte der Agnaten. Das Oberlandesgericht stützt sich auf das Urteil im Prozeß der Grafen Potocki und geht von dem Grundsatz aus, daß alle Agnaten ihre Rechte verloren haben, weil ihre Ahnen die in den Statuten vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt haben. Deswegen sind die Agnaten nicht durch den Vertrag, sondern durch die Rechtslage, die uns das ungünstige Urteil des Reichsgerichts geschaffen hat, **g e z w u n g e n**, ihre Rechte einzig auf dem Wege des Prozesses durchzusetzen, der noch vor dem 1. Juni 1909 anhängig gemacht werden muß.

Mus Nr. 47 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 27. Februar 1909:

Posen, den 26. Februar 1909.

Der Posener Bazar.

Wie die großen Werke großer Männer von ihren kleinen Nachfolgern korrumpiert werden, davon gibt der Posener Bazar uns ein klassisches Beispiel. Diese von Karl Marcinkowski sel. Angelehens zum Nutzen der Gesamtheit begründete Institution, wirkt unter der gegenwärtigen Leitung nicht zum Nutzen dieser Gesamtheit, sondern im Gegenteil zum Schaden derselben.

Der heutige Vorstand des Bazars ignoriert vollständig die allgemein bindenden nationalen Gebote auf dem Felde der Parole „Jeder zu den Seinen“. Die betreffenden Tatsachen sind allgemein bekannt und begegnen der rücksichtslosen Verdammung des gesunden Teils der Gesamtheit.

Der erste auffällige Fall auf diesem Gebiete kam zu Anfang des vorigen Jahres vor, als der Bazar für mindestens 2000 Mark Fußläufer bei einer jüdischen Firma einkaufte. Der Bazar kann sich nicht damit decken, daß es entsprechende Firmen nicht gebe, denn im Bazar selbst sind sogar 3 polnische Firmen, die mit diesem Artikel Handel treiben, nämlich: Eichstaedt, Raczkowski und Anton Rose. Der Vorstand des Bazars fühlte ersichtlich selbst das Ungehörige seiner Handlungsweise, denn die Fußläufer wurden entweder am frühen Morgen oder späten Abend geliefert, wobei den Arbeitern, die die Lieferung besorgten, die an den Mäzen üblichen Abzeichen der jüdischen Firma fehlten.

Der oben erwähnte Fall empörte die polnische Kaufmannschaft bis aufs Äußerste. Abgesehen von der materiellen Seite dieser Angelegenheit fühlte sich unsere Kaufmannschaft dadurch zurückgesetzt, daß die Administration des Bazars unsere Kaufmannschaft für nicht fähig hielt, mit einer fremden Firma zu konkurrieren. Ausgehend von dem oben erwähnten Beweggründe und ferner auch deshalb, weil von seiten des Bazars trotz der Vorstellungen aus Kaufmannskreisen immer wieder Verfehlungen in Bezug auf die bindende Parole „Jeder zu den Seinen“ vorgekommen sind, entschloß sich die Posener Kaufmannschaft, in einer Kollektivpetition die Sache dem Aufsichtsrat des Bazars zu unterbreiten.

50 polnische Kaufleute, Vertreter der größten Posener Firmen, richteten an den Aufsichtsrat des Bazars folgendes Schreiben:

An
den hochlöblichen Aufsichtsrat des Bazars in Posen.

Hiermit erlauben wir uns, den hochgeehrten Herren folgende Angelegenheit vorzustellen:

Schon seit längerer Zeit wurden im Schoße der Gesamtheit, namentlich in der Posener Kaufmannschaft, und nicht minder in der polnischen Presse Stimmen der Unzufriedenheit laut, deren Ursache die nicht wohlwollende Behandlung der polnischen Kaufmannschaft von seiten der Verwaltung der Bazarinstitution war.

Obwohl wir kein formales Recht besitzen, von jedermann zu verlangen, daß er seine Bedürfnisse nur bei Polen decken solle, hoffen wir andererseits, daß uns die hochwohlgeborenen Herren das moralische Recht zuerkennen werden, darüber zu wachen, daß man angesichts des Bohotts von der uns feindlichen Seite immer und überall daran denken möge, den einheimischen Handel und das einheimische Gewerbe zu unterstützen. Wir sind weit davon entfernt, die Parole „Jeder zu den Seinen“ auszunutzen, jedoch erkühnen wir uns, den Grundsatz aufzustellen, daß mindestens die polnischen Institutionen den

polnischen Handel und das polnische Gewerbe dort unterstützen müßten, wo dieselben der fremden Konkurrenz kühn die Stirn zu bieten vermögen.

Zu unserem Schreiben hat uns folgender Fall veranlaßt, der in den letzten Wochen vorgekommen ist.

Um den Bedarf an Fußläufern, Teppichen usw. zu vervollständigen, verlangte die Bazarverwaltung zu diesem Zwecke Offerten von einer deutschen Fabrik. Diese Fabrik verwies die Verwaltung an die hiesige Firma J. Eichstaedt, die auch unverzüglich Offerten einsandte. Auch die Firma K. Ignatowicz wurde telephonisch aufgefordert, ihre Offerte zu machen.

Beiläufig bemerken wir, daß die genannten Artikel außer den Mietern des Bazars, den Herren Raczkowski und Anton Rose auch andere bedeutende polnische Firmen liefern können; wie geringschätzig die Sache behandelt wurde, beweist auch dies, daß einige von den Herren gar nicht aufgefordert wurden, ihre Offerten zu machen. Anderen wiederum, wie den Herren Eichstaedt und Ignatowicz, wurde trotz mehrmaliger Bemühungen nicht einmal Gelegenheit gegeben, sich einem eventuellen höheren Preisangebot gegenüber zu erklären.

Die Sache endete damit, daß der Bazar für eine bedeutende Summe die genannten Materialien bei der Firma D. Scheref & Co. in Posen einkaufte.

Die Waren wurden entweder früh morgens oder abends geliefert, als die Läden geschlossen waren, und eine noch schlimmere Sache ist, daß die Arbeiter von Scheref angeblich angewiesen wurden, auf eine eventuelle Anfrage zu antworten, daß die Waren die Firma K. Ignatowicz liefere.

Die Beurteilung einer solchen Handlungsweise überlassen wir dem hochlöblichen Aufsichtsrat. Wenn der erwähnte Vorgang — das Übergehen der Seinen — nur ein Ausnahmefall wäre, würden wir die hochgeehrten Herren sicherlich mit unserem Schreiben nicht belästigen. Wir könnten jedoch viele ähnliche Beispiele aus der letzten Zeit anführen; deshalb halten wir es für unsere Pflicht, die hochgeehrten Herren zu bitten, die Sache zu untersuchen und eine Besserung gütigst herbeizuführen.

Wir bemerken, daß die polnische Kaufmannschaft heute wirklich jeder fremden Konkurrenz die Stirn bieten kann, und daß wir tief nicht nur das materielle Unrecht, sondern auch das moralische fühlen, namentlich, weil die jüdische und deutsche Kaufmannschaft die unsrige verhöhnen kann und muß, wenn sogar die einfachsten Einkäufe einer Institution wie des Bazars nicht bei uns, sondern oft bei ihnen gemacht werden.

Soviel das Schreiben der 50 polnischen Kaufleute. Es wurde überandt am 7. Mai 1908 zu Händen der Mitglieder des Aufsichtsrates des Bazars: der Herren Grafen Mieczislaus von Kwilecki aus Opatow, Adolf von Poninski aus Koscielce, Grafen Ignaz von Mielski aus Tur, Sigismund von Chlapowski aus Lurem.

Am 14. Mai 1908 kam folgende Antwort an:

Geehrte Herren!

Ich gestehe den Herren zu, daß die Handlungsweise der Bazarverwaltung in dem von den Herren geschilderten Fall wirklich nicht zu verzeihen ist, deshalb habe ich die, die es angeht, darauf aufmerksam gemacht und verwarnt, damit etwas Ähnliches nicht wieder vorkomme. Übrigens verläßt der gegenwärtige Direktor Herr Pawlowski zum 1. Juli d. J. seine Stellung. Ich hege die Hoffnung, daß sein Nachfolger sich mehr zu den nationalen Pflichten

gedrungen fühlen wird, die heute mehr als vor Jahren notwendig sind.

Im Namen des Aufsichtsrates des Posener Bazars mit der schuldigen Achtung!

M. Graf von Kwilecki.

Man würde meinen, sobald ein Bürger, umgeben von solcher Achtung wie Graf M. Kwilecki, ein Versprechen nicht nur in seinem Namen, sondern auch in dem des ganzen Aufsichtsrates abgibt, in welchem Bürger sitzen, die ebenfalls sich des Ruß rechter Bürger erfreuen, daß in einem solchen Falle das Versprechen werde gehalten werden. Leider ist es nicht so geschehen, denn erstens ist der Direktor des Bazars Herr Pawlowski, wie es Graf von Kwilecki versprochen hatte, am 1. Juli nicht zurückgetreten, und zweitens hat sich die Handlungsweise der Bazarverwaltung nicht im geringsten geändert, im Gegenteil, in der einmal gewählten Richtung waltet die Bazarverwaltung immer weiter und immer schlimmer. Wir wollen deshalb keine Schlüsse bezüglich des Grafen von Kwilecki und der übrigen Mitglieder des Aufsichtsrates ziehen, lenken vielmehr die Aufmerksamkeit hin auf auffälligere und neuere Fälle der Vergewaltigung des Grundsatzes „Jeder zu den Seinen“ seitens der Bazardirektion.

Und so kaufte, schon nach der Erklärung des Grafen Kwilecki, der Bazar für 60 Fenster Vorhänge bei Fremden; weiter wurden von einem Berliner Kaufmann 20 Duzend Serbietten und 30 Duzend Handtücher bezogen.

Früher entnahm der Bazar in den Karnevalsmonaten für drei Tausend Mark und mehr Kolonialwaren von einer polnischen Firma in Posen; heute liefert diese Firma Waren für ungefähr t a u s e n d Mark monatlich. Da sonst keine andere polnische Firma für den Bazar Kolonialwaren liefert, ist der Schluß untrüglich, daß für Kolonialwaren Riesensummen in fremde Taschen fließen.

So weit die nackten Tatsachen. Inwieweit sie rücksichtslose Verdammung verdienen, wollen wir nicht beweisen; die Parole „Jeder zu den Seinen“ ist ein allzu deutliches nationales Gebot, um noch einen Kommentar zu verlangen, man muß sich vielmehr gegen die wenden, die dafür die Verantwortung tragen. In erster Linie ist dafür die Bazarverwaltung und dann ihr Aufsichtsrat verantwortlich. In der Verwaltung sitzen zwei Herren, nämlich Johann Pawlowski, ein gewesener Kolonialwarenkau f m a n n (?) und der Rechtsanwalt Adalbert Trompeznski. An Herrn Pawlowski stellen wir keine Forderungen; eine ernste Diskussion mit ihm ist vollständig unmöglich. Desto mehr müssen wir an Herrn Trompeznski, einen sich großer und verdienter Achtung erfreuenden Bürger, appellieren, damit er seinen Einfluß sehr nachdrücklich zu dem Zwecke gebrauche, um diesen ungefunten Erscheinungen, die in den breiten Kreisen der Gesamtheit Argernis hervorrufen, zu steuern.

Mit demselben Appell wenden wir uns an die Mitglieder des Aufsichtsrates, angesehene Bürger, welche doch wohl auch fernerhin nicht dulden werden, daß man auf eine solche Institution, wie den Bazar, mit Fingern zeige, daß sie den Intentionen und Traditionen ihres großen Schöpfers untreu geworden sei.

Die Presse wird auf den bisherigen Stand der Dinge nicht mit Ruhe blicken.

Aus Nr. 46 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 26. Februar 1909:

Nach etwas in Sachen Piotrkowice.

Von Herrn Josef Kuzaj erhalten wir das nachstehende Schreiben:

Infolge des Artikels „Die Angelegenheit Piotrkowice“ habe ich das Nachstehende zu erklären:

Da ich selbst die strengste, wenn nur ernst behandelte öffentliche Meinung hochschätze, unterwerfe ich mich völlig der von der polnischen Presse in dem Artikel „Die Angelegenheit Piotrkowice“ zum Ausdruck gebrachten Aufforderung, und ich lege mein Amt als Vorstandsmitglied in die Hände des Aufsichtsrates der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte in Posen nieder. Ich hatte das übrigens bereits in einem am 22. d. M. an den Vorsitzenden Pfarrer Gladysz gerichteten Briefe getan. Gleiche Anträge hatte ich vorher zu den nachstehenden Terminen gestellt: 18. III. 1906, 2. I. 1907 und 22. IV. 1908.

Meiner obigen Erklärung füge ich noch die Bitte hinzu, daß unsere Volksgesamtheit, speziell die polnische Presse, die Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte mit ihrem Vertrauen und mit wohlwollender Gut bedenken möge mit Rücksicht auf die Tatsache, daß das Institut in den 15 Jahren seines Bestehens viele glückliche Augenblicke gehabt hat, in welchen es, ohne das Wohl seiner Mitglieder aus dem Auge zu lassen, bei Erwerb und Verkauf von Land vortheilhaft im Interesse der Nation gehandelt hat.

Ich hege die Hoffnung, daß die, welche meine Arbeit in der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte von der Nähe aus verfolgt und mein Leben eine längere Reihe von Jahren hindurch gesehen haben, zugeben werden, daß, wenngleich ich in Sachen Piotrkowice, wie es sich gezeigt hat, ein schlechter Psychologe gewesen bin, dennoch der Fehler, wenn ein solcher geschehen ist, auf keinen Fall aus niederen Beweggründen begangen worden ist.

P o s e n , den 24. Februar 1909.

Josef Kuzaj.

Aus Nr. 51 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 4. März 1909:

Gegen die polnische Parzellierungstätigkeit

tritt wiederum die Tägliche Rundschau auf. Sie knüpft an die Bilanz der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte für das verflossene Jahr an, die angeblich dartun soll, daß in diesem Jahre 65 000 Morgen parzelliert worden sein sollen, also in der ganzen bisherigen 15 jährigen Tätigkeit der Genossenschaft am meisten. Die Tägliche Rundschau hebt hervor, es sei das der beste Beweis dafür, welch' halbes und unzureichendes Mittel die Ansiedlungsnovelle bilde angesichts dessen, daß die Polen die Güter unter die Adjazenten parzellierten. Im Jahre 1907 sei schon in den Hauptentwürfen ein Gesetzentwurf fertig gewesen, der sich gegen die polnische Parzellierung gewendet habe. Man habe damit gerechnet, daß das Projekt im Januar 1908 dem Landtage vorgelegt werden. Leider sei die Vorlegung vertagt worden. Sollten, so ruft die Tägliche Rundschau — unerlässliche Mittel der Ostmarkenpolitik Rücksichten der sogenannten hohen Politik weichen müssen?

So schreibt die Tägliche Rundschau unmittelbar nach den Reichstagsberatungen über den polnischen Antrag und unmittelbar nach dem polnischen Siege!

Übrigens ist selbstverständlich die Riesenzahl von

65 000 Morgen falsch und Humbug. Die Genossenschaft hat im Jahre 1908 kaum 2000 Morgen parzelliert, während sie im Jahre 1908 2 1/2 Tausend und im Jahre 1905 7 1/2 Tausend parzelliert hatte.

Abgesehen davon können wir der Genossenschaft den Vorwurf nicht ersparen, daß sie den Statistiken durch ihre gedruckte Übersicht über die Entwicklung der Genossenschaft die Fälschung erleichtert hat. Diese Übersicht gibt wirklich beim Jahre 1908 die Zahl von 16 064 Hektar (ca. 65 000 Morgen) als parzellierte Fläche an. Diese Zahl soll natürlich die Fläche bezeichnen, welche von der Genossenschaft seit Beginn ihres Bestehens — das ist seit dem Jahre 1894 und nicht im Laufe des einen letzten Jahres — parzelliert worden ist.

Die Tägliche Rundschau hat von der nicht übersichtlichen Zusammenstellung der Genossenschaft schleunigst Gebrauch gemacht, um dem erstaunten Germanien zu zeigen, daß ein einziges polnisches Parzellierungsinstitut im letzten Jahre trotz der Ansiedlungsnovelle 65 000 Morgen parzelliert habe.

So wird antipolnische Stimmung gemacht und der Boden für alle antipolnischen Gesetze vorbereitet. Auf diese neue, aber charakteristische Einzelheit machen wir unsere Abgeordneten aufmerksam.

Aus Nr. 45 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 25. Februar 1909:

Die Piotrkowicer Angelegenheit.

Wie bekannt verkaufte die Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte mittels notariellen Kontrakts vom 13. Dezember 1905 Piotrkowice, ein 1600 Morgen großes Gut, dem Julian Radtke, dieser wiederum durch die Vermittlung Krohnheims aus Bromberg der Ansiedlungskommission. Aus diesem Grunde trat die Presse gegen den Vorstand der Genossenschaft ganz entschieden auf. Zuletzt veranlaßte man vor einem Jahre eine allseitige Untersuchung in der Sache Piotrkowice, auf Grund deren man folgendes Gutachten abgab:

Der Vorwurf der Presse, daß Piotrkowice durch die Schuld des Vorstandes der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte in fremde Hände übergegangen sei, sei nur insofern begründet, daß der Vorstand beim Verkauf des Gutes eine zu große Bedeutung dem durch den Vertrag garantierten Vorkaufsrechte beilegte und zu wenig auf die persönliche Qualifikation des Käufers achtete.

Warum dieses Gutachten in dieser und keiner schärferen Form abgefaßt wurde, wollen wir nicht auseinanderlegen. Wir halten es jedoch für unsere Pflicht der Gesamtheit gegenüber, folgendes — unabhängig von diesem und übereinstimmend mit den anderen Presseorganen — festzustellen.

1. Es ist Tatsache, daß der Vorstand der Genossenschaft vom Herrn Alkiewicz aus Zernitz, bei welchem Radtke früher als Ziegler tätig war, einen vom 8. 12. 05 datierten Brief erhielt, in welchem Herr Alkiewicz schrieb, daß „Radtke ein ziemlich großes Vermögen, vielleicht 80—100 000 M. besitze, und zu jedem Geschäft fähig sei“, Alkiewicz hat jedoch ausdrücklich bemerkt, „daß er für die Beständigkeit des p. Radtke in nationaler Hinsicht nicht garantieren könne, weil p. Radtke ein geborener Spekulant sei, und daß er auch nicht garantiere, ob Radtke des Verdienstes willen sich nicht“ Deswegen riet p. Alkiewicz der Genossenschaft, „vorsichtig zu sein“. Trotz alledem hat der Vorstand die Verhandlungen mit Radtke nicht nur nicht abgebrochen, sondern er hat es nicht einmal für nötig befunden, vor der Schließung des Kontraktes weitere Informationen ein-

zuholen. In dem Protokoll vom 14. Dezember, am Tage nach der Kontraktsschließung, hat der Vorstand mit dem ruhigsten Gewissen vermerkt, daß Piotrkowice dem „gut empfohlenen“ Radtke verkauft wurde. Der Vollständigkeit wegen sei hier vermerkt, daß der notarielle Kontrakt wie auch das Protokoll nur von zwei Vorstandsmitgliedern und zwar den Herren Kuzaj und Rechtsanwalt Wolinski unterzeichnet sind.

2. Es ist ferner Tatsache, daß — trotz der Warnung des p. Alkiewicz — der Vorstand der Genossenschaft den p. Radtke von der hypothekarischen Eintragung von 50 000 M. Konventionalstrafe befreite, die im Fall des Verkaufs von Piotrkowice an einen Nichtpolen oder eine antipolnische Institution und besonders an die Ansiedlungskommission gezahlt werden sollte.

3. Es ist ebenfalls Tatsache, daß, als Radtke nach der Kontraktsschließung mit allen Kräften die Änderung des § 6 anstrebte, der das Vorkaufsrecht der Genossenschaft betraf, der Vorstand sich seinerseits nicht um die Aufhebung des Kontraktes bemühte, sondern im Gegenteil von Radtke mit Ungestüm die Annahme der Auflassung forderte. In dieser Richtung wirkte auch der Aufsichtsrat der Genossenschaft, der durch den Beschluß vom 18. Dezember von Radtke für die Befreiung vom Kontrakte 30—50 000 M. forderte. Und doch gab vor der Beschlußfassung Herr Ziolkowski aus Breschen auf die entsprechende telephonische Anfrage des p. Kuzaj die Antwort, daß p. Radtke zwar vermögend aber „in Hinsicht auf den nationalen Charakter sehr zweifelhaft sei“, weswegen sich „möglichste Vorsicht“ empfehle.

4. Es ist nicht minder Tatsache, daß Kuzaj nebst dem Beamten der Genossenschaft Czajkowski sich im Termin in Znin am 28. Dezember entschloß, die Auflassung von Piotrkowice dem Radtke zu geben, ungeachtet dessen, daß auf den Wunsch des Radtke, welcher auch hier noch Schwierigkeiten machte, der Vorbehalt des Radtke inbetreff des § 6, der von dem Vorkaufsrechte der Genossenschaft handelte, eingetragen wurde. Der Vorbehalt hat folgenden Inhalt:

„Zuletzt bemerke ich, Radtke, daß, was den Text des § 6 im Kontrakte vom 13. Dezember 1905 anbetrifft, zwischen der Genossenschaft und mir Differenzen bestehen, derart, daß ich die Ansichten der Genossenschaft inbetreff des Textes dieses Paragraphen nicht teile; dennoch will ich die Auflassung annehmen.“

5. Es ist endlich Tatsache, daß Rechtsanwalt Wolinski, der in der Zeit der Verhandlungen um Piotrkowice nebst dem Kuzaj und Raczmarek zum Vorstande der Genossenschaft gehörte und später Vorsitzender des Aufsichtsrates wurde, am 27. Dezember 1908 in dieser Eigenschaft zu Händen des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates ein Schreiben folgenden Inhalts gesandt hat:

a) Wolinski wirft dem Kuzaj „Gewissenlosigkeit“ vor aus dem Anlaß, daß er in drei Fällen die Angelegenheit in „falschem Lichte“ dargestellt habe. Die Unwahrheit habe — nach der Meinung des Wolinski — Kuzaj ihm gegenüber gesagt, als er versicherte, daß Alkiewicz dem Radtke ein günstiges Zeugnis ausgestellt habe; die Unwahrheit habe Kuzaj gesagt, als er dem Wolinski gegenüber behauptete, daß er, Kuzaj, sowie Raczmarek von der Forderung der Einschreibung der 50 000 M. Kaution Abstand genommen haben, während Raczmarek in Wirklichkeit dem sich widersetzte. Die Unwahrheit habe endlich — nach der Meinung des Wolinski — Kuzaj in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 18. Dezember gesprochen, als er erklärte, daß die Informationen des Ziolkowski über Radtke günstig lauteten.

b) Wolinski wirft dem Kuzaj vor, daß dieser im Termin auf dem Gerichte in Znin am 28. Dezember in seinen untergebenen Beamten Czajkowski drang, er möchte sich mit dem Vorbehalt des Radtke, den § 6 betreffend, einverstanden erklären, die Verhandlungen nicht erschweren und das Protokoll unterschreiben.

Das sind die nackten Tatsachen, für deren absolute Richtigkeit wir mit dem Ehrenwort der bürgerlichen und publizistischen Rechtsschaffenheit bürgen.

Aus diesen Tatsachen ziehen wir mit Übereinstimmung der anderen Pressorgane folgende Schlüsse:

1. Den damaligen Aufsichtsrat nebst zwei Mitgliedern des damaligen Vorstandes, die Herren Raczmarek und Wolinski, trifft der Vorwurf einer großen Unvorsichtigkeit, die sich darin zeigte, daß sie sich lediglich auf die bloßen Behauptungen des Kuzaj stützten und daß sie auf Radtke einen Druck ausübten, um ihn zur Übernahme von Piotrkowice zu veranlassen — trotz der Ausflüchte des Radtke, die ganz deutlich auf die Beseitigung der sämtlichen Vorbehalte der Genossenschaft, den Übergang Piotrkowices in fremde Hände betreffend, hinielen. Die größte Unvorsichtigkeit beging Herr Wolinski, welcher auf der Grundlage der bloßen Behauptungen des Kuzaj den Verkaufskontrakt und am nächsten Tage das Protokoll des Vorstandes unterzeichnete.

2. Das Benehmen des Kuzaj war ein so unerhörtes und bewußt die Gesamtheit schädigendes, daß auf Kuzaj **eigentlich** die ganze Schuld des Verlustes von Piotrkowice lastet. Die Presse fordert — als der Ausdruck der öffentlichen Meinung — den Kuzaj auf, unverzüglich aus dem Vorstande der Genossenschaft auszuscheiden, wenn er noch Gefühl für persönliche Ehre besitzt.

Im letzten Moment erhalten wir von Herrn J. Kuzaj folgende Erklärung:

Kraft des Genossenschaftsgesetzes sind außer dem Vorstand die einzigen Organe, die in Angelegenheiten der Erwerbsgenossenschaft entscheiden können, der Aufsichtsrat, die Generalversammlung und das Kuratorium. Vor das Forum dieser Behörden gehört auch die unglückselige Angelegenheit von Piotrkowice, die heute so breit und leidenschaftlich in den öffentlichen Blättern behandelt wird.

Angeichts des Beurteilens meiner Handlungsweise, speziell beim Verkauf von Piotrkowice, eines Verdammungsurteils, das hervorgerufen wurde durch die mir weder mündlich noch schriftlich zur Aufklärung und Verteidigung vorgelegte schwere Anschuldigung seitens des früheren Vorsitzenden des Vorstandes der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte, Herrn Rechtsanwalt Wolinski, welcher ebenso wie ich an die Reinheit der Sache glaubte und gemeinsam mit mir im Dezember 1905 den notariellen Kontrakt für den Verkauf von Piotrkowice unterzeichnet hat, erkläre ich:

1. daß die Generalversammlungen der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte, die in den Jahren 1906, 1907, 1908 und 1909, also nach dem Verkauf von Piotrkowice, abgehalten wurden, dem Vorstande wie auch dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt haben;
2. daß die Protokolle der Revisionen, die vom Kuratorium der Genossenschaft in den Jahren 1906 und 1908 abgehalten wurden, für meine Tätigkeit in der Genossenschaft kein Monitum enthalten, und

3. daß ich zur letzten Entscheidung der Piotrkowicer Angelegenheit heute dem Kuratorium der Genossenschaft Abschriften sämtlicher Protokolle des Vorstandes und des Aufsichtsrates, welche dieses Gut betreffen, vorgelegt und die in dieser Sache nötigen Aufklärungen übersandt habe.

Posen, den 24. Februar 1909.

J. Kuzaj,

Vorstandsmitglied der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte in Posen.

Daß Kuzaj, die gegen ihn gerichtete Stimmung der öffentlichen Meinung, die durch die Presse repräsentiert wird, erkennend, schnell mit einer Erklärung, welche die Sache vertuschen würde, kommen werde, unterlag für uns keinem Zweifel. Wir antworten dem Kuzaj auf der Stelle nur kurz:

1. Aus dem Genossenschaftsgesetz ergibt sich für die Organe der Genossenschaft einzig die Pflicht der Prüfung der Angelegenheiten vom Standpunkte der unmittelbaren Interessen der Mitglieder der Genossenschaft aus. Aber außerdem existieren noch bürgerliche Pflichten, über welche die gesunde öffentliche Meinung wacht. Diese öffentliche Meinung verdammt gegenwärtig schließlich den Kuzaj als Bürger, und ihr stehen rein moralische Mittel zur Verfügung, welche außerhalb der Sphäre der Genossenschaftsorgane und ihrer Tätigkeit liegen. Früher erkannte Kuzaj die öffentliche Meinung und ihre moralische Kontrolle über die bürgerliche Seite seiner Tätigkeit an; heute, wo die öffentliche Meinung den Kuzaj rücksichtslos verdammt hat, möchte Kuzaj ihr die Kompetenz, ein moralisches Urteil in der Piotrkowicer Angelegenheit zu fällen, absprechen. Dadurch verurteilt Kuzaj sich selbst am meisten.

2. Die Behauptung, als ob die öffentliche Meinung den Kuzaj auf Grund der Anklagen des Wolinski verdammt, und das ausschließlich, oder nur hauptsächlich auf dieser Grundlage, ist un wahr. Was die Bemerkung bedeuten soll, daß die Beschuldigungen des Wolinski „dem Kuzaj weder schriftlich noch mündlich zur Aufklärung vorgelegt wurden“, verstehen wir absolut nicht. Uns ist soviel bekannt, daß Kuzaj — wir glauben, im April v. J. — auf das Schreiben des Wolinski mit einer eigenen Replik antwortete, in der er sachlich keinen einzigen Vorwurf des Wolinski zurückgewiesen hat.

3. Die Berufung des Kuzaj auf die Generalversammlung und die Revisionen durch das Kuratorium werden für die einschlägigen Faktoren eine gute Lehre für die Zukunft sein.

Aus Nr. 43 des Lech (Gnesen)

vom 23. Februar 1909:

Etwas über Herrn Kuzaj und seine Genossen.

Die Angelegenheit unserer „Rettungs“-Banken ist in den letzten Jahren zu einer geradezu brennenden Frage geworden. Rechtschaffene Individuen unserer Gesamtheit empfanden, daß die Tätigkeit mancher dieser Institutionen für unsere Gesamtheit höchst schädlich ist, doch man unterließ, an die Ausrottung dieses am Körper des gesellschaftlichen Organismus befindlichen Geschwürs heranzugehen. Es ist die höchste Zeit, sich mit den Individuen auseinanderzusetzen, die seit Jahren umgestraft die Gesamtheit öffentlich ausbeuten.

Die letzte Generalversammlung der landwirtschaftlichen Parzellierungsgenossenschaft (Spółka Rolników Parcelacyjna) war ein sprechender Beweis dafür, wie weit unsere öffentliche Meinung nach dieser Richtung hin korrumpiert ist. Wie soll man es anders nennen, wenn man ohne jeden Protest öffentlich ein Vertrauensvotum Leuten gegenüber ausspricht, die notorische Verchacherer sind und seit einer Reihe von Jahren in der unverkämtesten Weise das arme polnische Volk ausbeuten! Möge man nur die Akten der Genossenschaft aus den letzten paar Jahren durchsehen, und da wird sich zeigen, wieviel unglückliche Opfer die unerfättliche Gargier des Vorstandes und auch die des Aufsichtsrates nach übermäßigem Gewinn verschlungen hat. Diese Ausbeutung ging so weit, daß sich Beamte der Genossenschaft veranlaßt sahen, die Klienten vor der Ausbeutung durch den Vorstand ständig zu warnen. Diese Angelegenheit ist gegenwärtig noch im Gange, und ihre Aufklärung wird unzweifelhaft ein interessantes Licht auf die Tätigkeit der Herren Kuzaj, Raczmarek und Konjorten werfen.

Der Aufsichtsrat mit dem Propste Gladysz aus Komornik an der Spitze schloß den Schlaf des Gerechten und begnügte sich mit der Veranstaltung von Sitzungen, manchmal waren es zwei an demselben Tage, um notgedrungen zweimal 60 Mark Diäten herauszuschlagen, ohne in die Geheimnisse der Geschäfte der Herren Direktoren einzudringen. Und Gründe zur Verdächtigung gab es genug. Wir erinnern nur an das Memorial des ehemaligen Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Rechtsanwalt Wolinski. Herr Wolinski, der die Genossenschaft gegründet und zur Blüte gebracht hatte, richtete nach seinem Ausscheiden an seinen Nachfolger, den Propst Gladysz, ein umfangreiches Schreiben, in dem er das Verhältnis des Herrn Kuzaj zum Aufsichtsrat klar legte und schwere Vorwürfe gegen ihn erhob. Insbesondere warf er ihm wiederholt Lügen vor.

Es handelt sich hier speziell um die Veräußerung der Besitzung Piotrkowice. Herr Kuzaj verschachtelte dieses Gut völlig bewußt. Alle, die bei diesem Geschäft tätig waren, legten sich darüber Rechenschaft ab, man warnte Herrn Kuzaj noch auf dem Wege und machte ihn darauf aufmerksam, daß Radke eine von der Ansiedlungskommission vorgeschobene Person sei, und als der Beamte der Genossenschaft, der bei der Abfassung des Kontraktes zugegen war, sich weigerte, seine Unterschrift herzugeben, berief sich Herr Kuzaj auf sein Direktorat, auf sein Vorgesetzentum und zwang den Beamten zum Unterschreiben.

Was tat nun Propst Gladysz mit dem Memorial, das noch andere Vorwürfe gegen Herrn Kuzaj enthält? Er verlas es in einer Sitzung des Aufsichtsrates, und dieser empfahl ihm, die Sache zu untersuchen und aufzuklären. Welches Ergebnis die Untersuchung hatte, darüber vergaß Propst Gladysz zu referieren; erst nachdem er durch das Aufsichtsratsmitglied Dr. Rozuzkiewicz interpelliert worden war, erklärte er, daß die Sache ihre Erledigung finden werde. Die Art dieser Erledigung war sehr interessant, denn Propst Gladysz gab Herrn Kuzaj das Memorial des Herrn Wolinski zum Lesen, und dieser erklärte, daß alles nicht wahr sei. Durch ein derartiges parteiisches Verfahren entrüstet, fragte Herr Dr. Rozuzkiewicz den Propst Gladysz, weshalb er nicht Zeugen oder wenigstens den Beamten gehört hätte, der beim Verkauf von Piotrkowice zugegen gewesen sei? Daraufhin erhielt er von dem Propste Gladysz die unerhörte Antwort, es würde das, nachdem er schon die Meinung des Direktors gehört, seine Würde verletzen.

Mit einer solchen Antwort also, die für das willkürliche Regiment des Propstes Gladysz und das des Herrn Kuzaj höchst charakteristisch ist, erledigte Propst

Gladysz die Angelegenheit betreffend die Verschacherung von Piotrkowice und andere Sachen und schenkte dem Herrn Direktor weiteres Vertrauen. Wie bisher, so kamen auch fernerhin Fälle der unerhörtesten Ausbeutung des armen polnischen Volkes vor. Wir wollen nur an einen Fall erinnern; es handelt sich um den Arbeiter Nowak aus Westfalen. Nowak arbeitete viele Jahre in der Fremde, um ein Stück Land in der Heimat kaufen zu können. Er ersparte schließlich so viel, daß er zurückkehren und sich von einem Deutschen in Zakrzewo bei Posen ein Anwesen kaufen konnte; die landwirtschaftliche Genossenschaft sollte ihm mit einem Darlehn von 2500 M. aushelfen. Für dieses Darlehn sollte Nowak 250 M. Provision zahlen. Wenn wir schon das Abverlangen von 10 % Provision von einem armen Arbeiter als höchste Gewissenlosigkeit und eine unerhörte Ausbeutung betrachten, so verdient das weitere Auftreten des Herrn Kuzaj und anderer in dieser Sache eine noch weit schlimmere Bezeichnung. Bei der Auflösung händigte man dem Nowak bzw. jenem Deutschen 900 M. ein, und die Genossenschaft ließ sich 2750 M. hypothekariisch, (d. h. 2500 M. Darlehn und 250 M. Provision) eintragen. Die übrigen 1600 M. sollte Nowak später abheben. Nach einer gewissen Zeit kam Nowak zur Genossenschaft und erklärte, daß er 600 M. nicht nehmen werde; im November 1908 teilte seine Frau der Bank mit, daß sie auch die übrigen 1000 M. nicht brauchten. Es wäre somit billig und gerecht gewesen, die Provision von jenen 1600 M. auch im Grundbuche zu streichen. Herr Kuzaj aber war ganz entschieden dagegen, erst nach langer Auseinandersetzung gelang es, 30 M. Provision abzuhandeln. So ließ also Herr Kuzaj den armen polnischen Arbeiter von 900 M. Darlehn 220 M. Provision zahlen, also nahezu 24 1/2 Prozent.

Diese Sache ist von einem Mitgliede des Aufsichtsrates entdeckt worden, das in der nächsten Sitzung desselben Aufklärung verlangte. Der Vertreter des Vorsitzenden, Herr Leo von Plucinski, antwortete ihm, die Genossenschaft müsse hohe Provision nehmen, denn sie müsse verdienen — schließlich sei die Genossenschaft kein Wohltätigkeitsverein wie die St. Vincent a Paulo-Bereine! Obwohl Herr von Plucinski als tüchtiger Bürger gilt, so ist doch eine solche Ansicht über die Tätigkeit der Genossenschaft aufs schärfste zu verurteilen. Wir wundern uns aber nicht über die Ansichten des Herrn von Plucinski, denn sie sind nur ein Widerhall der Ansichten des Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

Pfarrer Gladysz verstieg sich sogar soweit, daß er anempfahl, das Vorstandsmitglied P., das mit der Ausbeutung Nowaks nicht einverstanden war, zu beiseitigen.

Wundert sich noch jemand darüber, daß angesichts solcher Leute wie Gladysz und Plucinski die Direktoren ungestraft das Gewerbe der Ausbeutung des armen polnischen Volkes weiter betreiben können?

Ein polnischer Arbeiter wendet sich mit vollem Vertrauen an eine polnische Institution, an deren Spitze ein polnischer Geistlicher steht, und wird erbarmungslos ohne jeden Skrupel gerupft, und diejenigen, die sich seiner annehmen, werden mit zynischen Antworten abgefertigt! Die wichtigste Sache sind die Vorteile; auf welche Weise sie erworben werden, ist gleichgültig. Sonst würde es weder Tantiemen noch Gratifikationen usw. geben; die Einnahmen würden ja sonst nicht ausreichen, um im „Bazar“ den so beliebten Champagner trinken zu können!

Die polnische Gesamtheit kann auf keinen Fall Vertrauen haben zu einer Institution, an deren Spitze Leute stehen wie die Herren Kuzaj, Raczmarek und Geistlicher Gladysz und ihre Kreaturen, und trotz allen Appellierens, wie in der letzten Generalversammlung, sie möge auch fernerhin die Genossenschaft mit ihrem

Vertrauen bedenken, wird sie sich von ihr abwenden, wenn nicht bald eine gründliche Reorganisation sowohl im Vorstande wie im Aufsichtsrate vorgenommen werden wird.

Dieser Mangel an Vertrauen zur Genossenschaft tritt immer mehr zutage. Herr Josef von Koscielski ist aus ihr ausgetreten, weil er, wie er sich ausdrückte, nicht ein zweites Piotrkowice erleben wollte; auch Herr von Bukowiecki aus Eichowo wäre ausgetreten, doch er blieb vorläufig in ihr, um die Genossenschaft nicht vollständig gewissenlosen Leuten zu überlassen. Im Aufsichtsrate herrscht ganz eigenmächtig Pfarrer Gladysz, die Opposition beschränkt sich auf zwei oder drei Mitglieder, die jedoch nichts durchführen können; Elemente, von denen die Herren Direktoren wissen, daß sie sich der Opposition anschließen würden, werden als Mitglieder der Genossenschaft nicht aufgenommen. So meldete sich z. B. in der letzten Zeit der durch seine bürgerliche Tätigkeit bekannte Herr Karl Rzepecki, er wurde jedoch nicht aufgenommen, weil es an gedruckten Deklarationen fehlte.

Man beklagte sich in der letzten Generalversammlung darüber, daß sich das Gebiet der Tätigkeit der Genossenschaft verkleinere. Kein Wunder, wenn solche Fälle wie der Nowaksche häufig vorkommen, wenn Herr Kuzaj mit den Klienten in ordinärer Weise umgeht, wenn zwischen ihm und dem Personal nicht die besten Verhältnisse herrschen.

Vor der Hand schließen wir unsere Betrachtungen, etwas später werden wir ganz nach Bedarf den Schleier wieder etwas lüften, welcher die geheime Tätigkeit der Parzellierungsgenossenschaft verhüllt.

Heute appellieren wir nur an die Gesamtheit, sie möge nicht aufhören, nach einer gründlichen Reorganisation der Genossenschaft zu trachten; fernerhin schlagen wir vor, eine Kommission zu wählen, die sich anschicken würde, die Akten genau zu untersuchen und die Unbilden aufzudecken, welche die Gewissenlosigkeit der Direktoren zahlreichen Klienten der Genossenschaft zugefügt hat. Erst dann wird die polnische Gesamtheit wieder Vertrauen zu der landwirtschaftlichen Parzellierungsgenossenschaft haben können.

Aus Nr. 49 des Lech (Gnesen)

vom 2. März 1909:

Eine Belohnung für Herrn Kuzaj.

Am Dienstag findet eine Sitzung des Aufsichtsrates der Parzellierungsgenossenschaft der Landwirte statt. In Anerkennung der Verdienste, die sich Herr Kuzaj um die polnische Gesamtheit erworben hat, stellte der Geistliche Gladysz die Frage des Ruhegehalts für Herrn Kuzaj auf die Tagesordnung.

Wir bewundern tatsächlich die Dreistigkeit des Geistlichen Gladysz, die an eine Verhöhnung der polnischen Gesamtheit grenzt. Es soll die letzte Tat des Geistlichen Gladysz als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Genossenschaft sein, denn sowohl er als seine Amtsbrüder, Geistlicher Michalski aus Lodz und Geistlicher Jonas aus Staw, erhielten vom Weihbischof Sikowski den Befehl, ihre Ämter in der Genossenschaft niederzulegen, denn es sei nicht angebracht, daß Geistliche in einem Institut arbeiteten, in dem solche schmutzigen Sachen vorkämen.

Wir zweifeln auch nicht, daß auch Herr Raczmarek sein Amt ebenfalls niederlegen wird.

Aus Nr. 44 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 24. Februar 1909:

Bank Bydgoski (Bromberger Bank).

Eine neue Institution, ist heute hier, wie aus dem Inzeratenteil ersichtlich, in der Wilhelmstraße Nr. 22 eröffnet worden.

Die „Bank Bydgoski“, e. G. m. unb. H., gewährt Darlehne, nimmt Depositen an, diskontiert Wechsel und erlebige Bankgeschäfte.

Der Vorstand.

Raciniowski. Frankowski. Raczmarek.

Die Bank ist täglich von $\frac{1}{2}$ 9 bis 1 und von $\frac{1}{2}$ 4 bis 6 Uhr geöffnet.

Aus Nr. 48 des Lech (Gnesen)
vom 28. Februar 1909:

Die neue Bank in Wągrowitz.

Wir erhalten die nachstehende Korrespondenz:

Schon seit mehreren Wochen hat man die Meinung des Wągrowitzer Kreises hinsichtlich der zu gründenden zweiten polnischen Bank in Wągrowitz bearbeitet. Weil zunächst projektiert war, ein Informationsbureau oder eine Genossenschaft für Handwerker und Kaufleute zum Bezuge von Waren zu gründen, hat man sich dieser Nachricht gegenüber bis zur Zeit passiv verhalten. Erst am verflossenen Sonntage rief man mit Hilfe verschiedener Bekanntmachungen, Zettel, persönlicher Agitation einflussreicher Personen den ganzen Kreis zusammen, um die nach langen Vorbereitungen aufgestellten Projekte vorzutragen. Leider hatte sich das Publikum nicht sehr zahlreich eingefunden. Die Versammlung wurde von dem Geistlichen Zieliński eröffnet, gleichzeitig gab er ihren Zweck bekannt. Zwei Referenten bemühten sich, darzutun, daß man nicht beabsichtige, eine Genossenschaft für Handwerker und Kaufleute, sondern eine Bank für Handwerker und Landwirte ins Leben zu rufen, die dieselben Zwecke und Aufgaben haben sollte, welche die seit 40 Jahren am Orte bestehende Volksbank verfolge. Es herrschen hier in Wągrowitz schon ohnehin unangenehme Verhältnisse, denn auf 3000 Einwohner gibt es zwei Industrievereine, die sich seit 35 Jahren fortwährend befinden. Verschiedene Apostel, die da kamen und wieder gingen, gaben sich Mühe, sie zu veröhnen und die gesamte Bürgerschaft in einem Verein zusammenzubringen, doch es war nicht möglich. Dafür aber gelang es, sie durch die Gründung einer besonderen Bank noch mehr zu entzweien. Man fand sich gar schnell mit der Diskussion ab, die sich in den Ausführungen kristallisierte, daß es nötig sei, mit geeinten Kräften zu kämpfen, um die neue Bank zu gründen, denn die alte gewähre nicht in genügendem Maße — und nicht allen — Darlehne und berücksichtige nicht die durch die Darlehnsucher gestellten Bedingungen, sondern bestehe auf ihren Bedingungen und Behauptungen.

Sodann wurden die Satzungen verlesen, worauf Pfarrer Zieliński erklärte, daß die neue industrielle landwirtschaftliche Bank als Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung gegründet worden sei, und forderte zum Unterschreiben der Satzungen auf. Als er sah, daß niemand dazu Anstalten machte, sogar die an den Tisch gebetenen Beisitzer davon nichts wissen wollten, begab er sich in den Saal, um die von dannen ziehenden Leute aufzuhalten und sie zum Gehorchen zu bringen.

Recht hat auch der Dz. Bydg., wenn er schreibt, daß es im Saale kühl, ja kalt gewesen sei — ich möchte sogar sagen, es herrschte Frost; von der Eröffnung der Versammlung an bis zum Schlusse machte das Häuflein der versammelten Zuhörer den Eindruck, als wären sie am Fußboden festgewachsen und erstarrt, sie schienen nicht gewußt zu haben, um was es sich handelt. Die wohlhabenderen Bürger aus der Stadt und Umgegend konnte man an den Fingern abzählen, aber auch diese fürchteten sich, die Feder anzufassen.

Am meisten entrüstete die öffentliche Meinung die Art, auf welche man diejenigen bekämpfte, welche die öffentliche Sache anders auffassen und die es gewagt hatten, ihren Standpunkt zu verteidigen.

(Was uns anbetrifft, so können wir uns ebenfalls für die Gründung der neuen Bank nicht erwärmen. Wągrowitz ist doch nur ein bescheidenes Städtchen, für das zwei Banken zu viel sind. Wozu sollen unsere ohnehin geringen Kräfte noch zersplittert werden?)

Wenn in der bestehenden Volksbank Mängel herrschen, so solle man doch danach trachten, diese zu beseitigen, zu reorganisieren und der Bank ein weiteres Feld der Tätigkeit geben, statt durch die Gründung einer neuen Bank die bestehende Institution, die dem Lande so manchen Dienst erwiesen, der Gefahr aussetzen. Es ist leichter, etwas niederzureißen, als aufzubauen, und wenn man ein fertiges Gebäude hat, sei es auch nicht ohne Fehler, so sollte man vor allen Dingen darum bemüht sein, es zu erhalten.

Das ist unsere Ansicht in dieser Angelegenheit.

Wenn die Volksbank in Wągrowitz der Entwicklung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse nicht entspricht, muß sie reformiert werden. Aus der unternommenen Aktion zum Zwecke der Gründung einer neuen Bank ist zu ersehen, daß es in Wągrowitz an Leuten guten Willens nicht mangelt, es handelt sich nur darum, diese guten Absichten auf den rechten Weg zu leiten. — Die Redaktion.)

Aus Nr. 48 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 28. Februar 1909:

Einen besonderen Feiertag der Allerheiligsten Jungfrau Maria, der Königin Polens,

hat, wie man uns schreibt, der hl. Vater für die Diözese Lemberg dank den Bemühungen des Erzbischofs Wilczewski mittelst Dekrets der hl. Kongregation der Riten vom 25. November 1908 angeordnet, „ut festum B. M. V. Reginae Poloniae in Calendario perpetuo ac proprio totius Archidioeceseos Dominicae primae Maji affigi valeat sub ritu duplici primae classis....“ Am 1. Mai sonntag werden also die Gläubigen der Erzdiözese Lemberg zum ersten Male das erwähnte Fest feierlich begehen.

Als Katholiken hegen wir die Hoffnung, daß das obige an das im Namen von ganz Polen abgelegte Gelöbniß Johann Kasimirs erinnernde Dekret mittelbar zur Verwirklichung des schlichten von Zeit zu Zeit bei uns angeregten Gedankens der Organisierung eines Gebets für das Vaterland beitragen wird. Als Politiker haben wir in dem Dekret einen Beweis dafür, daß der apostolische Stuhl ungeachtet diplomatischer Rücksichten uns als moralisches Ganzes ansieht.

Es verlohnt sich, dessen zu gedenken, da wir noch vor einigen Jahren in der deutschkatholischen Presse die Forderung lasen, es solle aus der Laurentianischen Litanei die Invokation an die „Königin in der Krone Polens“ beseitigt werden, da sie angeblich gegenwärtig nach Polens Teilung keine Existenzberechtigung mehr habe.

Aus Nr. 44 des Lech (Gnejen)
vom 24. Februar 1909:

Was sagt dazu unsere Kirchenbehörde.

Es wird uns aus Schwarzenau geschrieben:

Der Lehrer an der Schule in Kibdom bei Schwarzenau ist erkrankt und wurde deshalb auf 6 Wochen vom Dienste beurlaubt. Auf Anordnung der Schulbehörde kommen nach Kibdom die Lehrer Herr Eller aus Schwarzenau und Herr Zims aus Pawlowo. Hierbei könnte man nichts Besonderes erblicken, wenn man wie früher unterrichten würde. Seit einer Woche beginnt jedoch der Unterricht in der ersten und zweiten Klasse am Dienstag, Freitag und Sonnabend, in der dritten und vierten Klasse am Montag, Mittwoch und Donnerstag nachmittags. Eine bedeutende Zahl von Kindern aus der ersten und zweiten Klasse, die an dem Vorbereitungsunterricht zu den heiligen Sakramenten teilnimmt, fehlt daher am Sonnabend nachmittag beim Schulunterricht. Aus diesem Grunde eröffnen die Lehrer den Kindern, und zwar im Auftrage des Schulinspektors Bismarck, daß ihnen in der Zeit, in die der Schulunterricht fällt, nicht erlaubt sei, zum Vorbereitungsunterricht zu gehen und daß die Eltern, die ihre Kinder, anstatt in die Schule, zum Vorbereitungsunterricht schicken, bestraft werden.

Es ist selbstverständlich, daß wir alle unsere Kinder zum Vorbereitungsunterricht geschickt haben, denn unserer Meinung nach hat der Religionsunterricht den Vorzug. Der Lehrer machte außerdem noch bekannt, daß die Kinder an den Freitagen befreit werden können. Da jedoch der Beichtunterricht in Schwarzenau und in Pawlowo in dem Schullokal stattfindet und die Klassen um diese Zeit besetzt sind, so kann der Unterricht höchstens auf dem Hofe bei Wind, Regen und Kälte abgehalten werden.

Zu welchem Zweck die Schulbehörde den Kindern und uns Eltern in solch einer wichtigen Angelegenheit, wie der Religionsunterricht ist, Schwierigkeiten bereitet, wird jeder leicht erraten. Man brauchte nur den Unterrichtsplan zu ändern, und alles wäre dann in Ordnung. Wenn man die dritte und vierte Klasse nicht am Donnerstage, sondern am Sonnabend und die erste und zweite Klasse anstatt am Sonnabend, am Donnerstage unterrichten würde, dann würden die Kinder, die am Religionsunterrichte teilnehmen, frei sein und könnten zu diesem Unterrichte ohne Nachteil für den Schulunterricht gehen. Auf diese Weise würde, wie es unser Sprichwort sagt, der Wolf satt werden und die Ziege ganz bleiben.

Ihr armen und unglücklichen polnischen Eltern: Hier habt ihr die Schifane, die uns die Regierung zugedacht und mit denen sich die Kirchenbehörde vor einem Jahre so gerühmt hat!

Hier ist ein energisches Entgegentreten seitens der Kirchenbehörde durchaus notwendig, damit den Schwierigkeiten dieser Art ein Ende gemacht wird.

Aus Nr. 51 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 4. März 1909:

R y n a r z e w o.

Am vergangenen Sonntag fand hier wieder ein sogenannter „Unterhaltungsabend“ statt. Von den Polen hat Gott sei Dank niemand daran teilgenommen. — Bravo!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 46 der Gazeta Toruńska
vom 26. Februar 1909:

Der Abgeordnete von Chrzanowski tritt zurück.

Es ist allgemein bekannt, daß es besonders den Rechtsanwälten und Ärzten schwer fällt, die Abgeordnetenpflichten zu erfüllen, weil sie durch jede Reise nach Berlin häufig unerseßlichen Verlust erleiden. Der Abgeordnete von Posen, Herr Bernhard von Chrzanowski, der Rechtsanwalt ist, verwaltet außerdem zahlreiche Ämter in Institutionen sowie Banken, und hat infolgedessen fast jeden Tag irgend eine Sitzung, in der seine Anwesenheit durchaus erforderlich ist.

In Anbetracht dessen hat der Abgeordnete von Chrzanowski nach der Auflösung des Reichstages eine Neuwahl abgelehnt, und nur auf vieles Zureden sowie mit dem Vorbehalt das Mandat angenommen, daß er es nach zwei Jahren im geeigneten Moment niederlegen kann.

Wir erfahren, daß der Abgeordnete von Chrzanowski die Absicht, sein Mandat niederzulegen, in kürzester Zeit auszuführen beabsichtigt. Sein Nachfolger wird jedenfalls Herr Adam Piotrowski, einer der Sekretäre der polnischen Arbeiterorganisation, ein Kollege des Malerhandwerks, also ein Arbeiter im modernen Sinne des Wortes, werden. Eine solche Wahl würde für die nationale Sache eine große Bedeutung haben, denn sie würde das Band, das den Arbeiterstand mit der Volksgemeinschaft verbindet, enger knüpfen.

Aus Nr. 25 des Pielgrzym (Pelplin)
vom 27. Februar 1909:

D i r s c h a u.

Die hiesige Volksbank entwickelt sich immer besser dank der Aufklärung unsers Volkes, das sie nach Kräften unterstützt. Doch wir haben noch viele Polen und Polinnen, die ihre Ersparnisse in deutschen Kassen und Banken anlegen. Diese müssen über unsere Lösung „Jeder zum Seinen“ aufgeklärt und belehrt werden. Die Deutschen und Juden unterstützen unsere Banken nicht, im Gegenteil, sie geben sich alle Mühe, um sie zu ruinieren, während noch viele Polen alle ihre Geldgeschäfte in fremden Banken erledigen. Landsleute und Landsmänninnen aus Dirschau und Umgegend! Denket an unsere Volksbank, habet volles Vertrauen zu ihr und leget in ihr die ersparten Groschen nieder!

Aus Nr. 25 der Gazeta Grudziądzka (Graudenz)
vom 27. Februar 1909:

Aus Langfuhr

wird uns mitgeteilt, daß dort ein Volksverein unter dem Namen „Gwiazda“ (Der Stern) gegründet worden ist, dem gleich 30 Mitglieder beigetreten sind. In den Vorstand sind folgende Herren gewählt worden: Ignacy Szufalski als Vorsitzender, Anton Raciniowski als stellvertretender Vorsitzender, Michael Dudek als Schriftführer, Roman Wojciechowski als stellvertretender Schriftführer, Theofil Dziarnowski als Kassierer, Józef Palubicki als stellvertretender Kassierer. — Dem neu gegründeten Verein ein Glückauf! Die Red.

Aus Nr. 26 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 2. März 1909:

Zu dem im Reichstage angenommenen Antrage der polnischen Fraktion betreffend die Freiheit beim Grunderwerb und bei der Bebauung schreibt die Gazeta Grudziadzka:

Der polnische Antrag ist schließlich, wie wir schon erwähnt haben, mit ungeheurer Mehrheit angenommen worden. Ob ihn aber der Bundesrat oder der Kaiser bestätigen wird, das ist noch eine große Frage. Man darf wohl annehmen, daß es nicht geschehen wird. In jedem Falle ist es ein ungewöhnlicher Triumph, und die preussische Regierung wird nun nicht mehr so dreist mit neuen antipolnischen Gesetzen kommen.

Es kann auch möglich sein, daß angesichts des Urteils der deutschen Nation, welches das antipolnische Ansiedelungsgesetz verurteilt, die preussische Regierung in der Anwendung dieser abscheulichen Gesetze oder vielmehr in Gesetzesform eingekleideten Gewalttatte etwas mäßiger sein wird.

In jedem Falle hat es sich gezeigt, daß die über große Mehrheit des deutschen Volkes die antipolnische Gesetzgebung der preussischen Regierung verurteilt. Dafür gebührt ihr Ehre. Möge uns auch bei dieser Gelegenheit erlaubt sein, von neuem hervorzuheben, daß die polnische Nation gegen die deutsche Nation nichts hat, was im Gegenteil die polenfrefferischen Blätter lügenhafter Weise behaupten. Doch wir werden bis zum äußersten kämpfen gegen die polenfrefferische Alique, die auf die Vernichtung der polnischen Nation lauert.

Aus Nr. 50 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 3. März 1909:

Gößlershausen.

Wir teilen freudvoll mit, daß infolge der Bemühung unseres rührigen **Starosten** Herrn Woleslaus Bardzki einige Gewerbetreibende aus Gößlershausen von Frau Machcinska aus Przerondza, Russisch-Polen, einen Platz in Gößlershausen zur Gründung einer **national-sozialen Institution** für 12000 Mark gekauft haben.

Frau Machcinska hat zum Wohl der Volksgesamtheit ein opferwilliges Entgegenkommen gezeigt und sich durch diese Tat mit goldenen Lettern in das Buch der Volksgesamtheit eingetragen.

Aus Nr. 27 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. März 1909:

Das geschieht in Tuchel in der Zeit des Enteignungs- und Sprachengesetzes.

Der frühere Kassierer und das Mitglied des Volksvereins in Tuchel, Herr Anton Augustynski, hat von diesem Verein nachstehenden Brief erhalten (in deutscher Sprache):

Herrn Anton Augustynski, Tuchel, Stadigraben!

Im Auftrage des Vorstandes des Volksvereins (Towarzystwo Ludowe) fordere ich Sie hiermit auf, in drei Tagen das Bargeld nebst Spartassenbuch an mich abzuliefern. Falls Sie dies in der gesetzten Frist nicht tun, ist der Vorstand gezwungen, in der Angelegenheit weitere Schritte zu tun.

Achtungsvoll

Roman Porazik.

Also der Vorstand eines polnischen Vereins schreibt an ein polnisches Mitglied in deutscher Sprache. Wir bezweifeln, daß derartiges schon einmal vorgekommen wäre. Wo bleibt da die erste Aufgabe der polnischen Vereine: die polnische Sprache zu pflegen? Ja, Tuchel kann sagen, bei uns ist es anders. Herr Porazik denkt doch nicht etwa daran, als Vorstandsmitglied die deutsche Sprache als offizielle Sprache einzuführen. Und wenn er polnisch nicht schreiben kann, dann darf er nicht Vorstandsmitglied eines polnischen Vereins sein. Was sagt der Herr Vereinsvorsitzende dazu?

Ganz ungewöhnliche Verhältnisse bilden sich bei uns heraus!

Aus Nr. 27 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 4. März 1909:

Neustadt (Wpr.), den 1. März 1909.

Die hiesige chemische Fabrik von E. Warczynski & Cie. hat das behaute Grundstück des Gutsbesizers Kralowski sowie die am Bahnhof gelegene frühere Zigarrenfabrik des Herrn Tresp gekauft, um ihr Unternehmen zur Herstellung des berühmten Waschkpulvers „Blenda“ bedeutend zu vergrößern.

Aus Nr. 27 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 4. März 1909:

Berent.

Am 26. Februar ist hier ein Verein m. b. H. unter dem Namen Bazar gegründet worden, der sich zur Aufgabe gemacht hat, ein Hotel nebst Restauration und großem Saal zu unterhalten. In den Vorstand sind gewählt worden: Propst Wroblewski aus Riedamowo, Hr. Magnus aus Berent und Theodor Gdaniec aus Berent. In den Aufsichtsrat sind gewählt worden: Propst Eichocki aus Grabowo, Dr. Pellowski aus Berent, Leo Landowski, Thomas Rogalla und Josef Freda aus Grabowo. Dem neuen polnischen Unternehmen ein „Glück auf“. Um Unterstützung des Pächters des Bazar, Herrn P. Muchowski, wird gebeten.

Aus Nr. 27 der Gazeta Gdańska (Danzig).
vom 4. März 1909:

Ein kassubisches Museum

ist von dem Lehrer und Ortsvorsteher Gulgowski in Weitsee (Wdzydze) angelegt worden. Herr Gulgowski hat in seiner Sammlung einen altertümlichen Ofen aus Torfschalen, verschiedene Möbel, Hausgeräte, Trachten usw. Wer irgend einmal nach Weitsee kommt, der möge dieses Museum besuchen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 48 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 28. Februar 1909:

Sakatisische Konvulsionen.

Die polnische Presse schreibt oft von der Verwilderung der die Gerechtigkeit betreffenden Begriffe des Sakatismus. Unsere Stimmen, Erklärungen, Ar-

gumente und schließlich Klagen vermochten auf die Art, wie die Junker die polnische Frage auffassen, keinen Einfluß zu gewinnen. Kein moralischer Grundsatz, keine Theorie, Ethik und Klugheit der Philosophen hilft etwas, die Gesinnung des zweideutigen Preußentums zu ändern. Schon im Blute des Preußen liegt der Haß gegen eine andere Nationalität; das System der preußischen Schule ist so eingerichtet, daß die Erziehungsanstalten möglichst viele Chauvinisten heranzubilden. Der Preuße will und kann einfach eine fremde Nationalität nicht achten, und von einer Duldung der Überzeugung des Nächsten kann keine Rede mehr sein. „Deutschland über alles.“ Dieser Grundsatz wird den jugendlichen Seelen in den Volksschulen eingeprägt, später werden die Gemüter von den höheren Anstalten und vom Militarismus, der gegenwärtig auf fast jedem Gebiete des Lebens herumwühlt, verkümmert. An fanatischen Patrioten fehlt es in Preußen nicht.

Unlängst trat Dohna Finkenstein, eine Säule der Junkerregierung, in deutschen Blättern in Sachen der Änderung des preußischen Wahlsystems mit einem Artikel vor die Öffentlichkeit. Nach ihm darf das Wahlgesetz um keinen Preis geändert werden, weil dann nämlich die Polen zur Macht gelangen würden. Die größere Hälfte der Reichstagsmandate in den Provinzen Westpreußen und Posen befände sich gegenwärtig in der Hand der Polen. Dagegen besäßen die Polen kaum ein Drittel der Mandate der Gesamtzahl der Abgeordneten aus den genannten Provinzen. Wenn aber das Reichstagswahlsystem auch bei den Landtagswahlen zur Anwendung käme, dann würde die Zahl der polnischen Abgeordneten von 12 auf 30 und bei einem Kompromiß mit dem Zentrum sogar auf 33 steigen.

Dieser Zuwachs polnischer Stimmen im preußischen Landtage könnte die gegenwärtige politische Schwindelei in Preußen gefährden, und darum gefällt dies jenem Junker nicht. Es gefällt den Junkern nicht, daß die Polen der polnischen Kultur, Zivilisation nicht entsagen, daß sich die Polen als unabhängige „Fraktion“ im Reichs- und Landtag zusammengeschlossen haben. Schon am meisten aber schmerzt sie, daß die Schlesier die Zentrumshaut abgetreift und sich den Brüdern und Landsleuten aus dem Posenschen angeschlossen haben. Die Polen in Schlesien müssen desto einmütiger zusammenarbeiten, sie dürfen keine besonderen Lager bilden und mit den Zentrumsleuten nicht kokettieren. Jede Liebäugerei mit den Feinden ist eine Sünde und ein an der polnischen Volksgesamtheit begangenes Verbrechen. Es wäre eine Schande für Schlesien, wenn es in den Dienst einer deutschen Partei treten würde. Eher vereinigt sich „Wasser mit Feuer“, als sich ein Deutscher mit dem Polen verbrüderet. Darum dürfen wir nicht den Spuren der Targowicaer Konföderation folgen, die sich bekanntlich mit den Feinden verbrüderet hatte, um die freiheitlichen und demokratischen Bestrebungen zu vernichten. Die traurigen Erfahrungen der letzten 10 Jahre, die empfangenen Wunden und Schmerzen hätten uns belehren müssen, daß der Deutsche dem Polen niemals Bruder sein wird; die Regierungszeit Friedrichs II. und seiner Nachfolger hätte uns die Augen öffnen und uns lehren müssen, daß die preußische Regierung ihre Versprechungen niemals einlösen wird, denn sie hat die auf dem Wiener Kongreß gemachten Zusagen gebrochen, und sie wird unsere berechtigten Forderungen nie aus eigenem Antriebe berücksichtigen. In Anbetracht dessen dürfen wir uns an der Konföderation von Targowica kein Beispiel nehmen, denn das ist des Namens eines Polen nicht würdig.

Aus Nr. 47 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 27. Februar 1909:

Der Kurjer Śląski

ist immer noch besorgt, die polnische Partei in Schlesien könnte eine Filiale der Zentrumspartei werden. Das verstehen wir nicht. Wir alle trachten nach einem Ausbau und einer Hebung der polnischen Partei. Es besteht ein Zentral- und Provinzialkomitee, es bestehen Bezirks- und Kreiskomitees — ja, alle Wähler samt den Komitees wachen über dem Wohl der polnischen Partei und der polnischen Frage in Schlesien, und außerdem pflegen die polnische Sache eine ganze Reihe von Vereinen usw. In Anbetracht dessen fragen wir: Wo ist der Samson, der alles das erschüttern und in Trümmer verwandeln könnte, was unter Mühen und Kämpfen aufgebaut worden ist? — Sicherlich wird jeder zugeben, daß den Kurjer Slonski ein ganz gewöhnlicher Alp drückt. Wir aber haben keine Angst um das, was der Kurjer fürchtet. Schade, daß sich der Kurjer mit seinem Alp verraten hat, denn unsere gemeinsamen Gegner in Schlesien werden dies ausnützen und in Wort und Schrift verkünden, daß die polnische Partei wankt und zerfällt, obgleich daran kein Wort wahr ist. Das Zentrum ist eine Partei für sich, und die polnische Partei ebenfalls, bei den letzten Wahlen aber hat uns Polen niemand mit Haut und Knochen aufgegesen.

Aus Nr. 51 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 4. März 1909:

Sonderbares Versehen.

Als die Polen vor einigen Wochen im Landtag einen Antrag auf Streichung der Ostarkeinzulagen für die Beamten stellten, stimmten die Zentrumsleute gegen den Antrag, obgleich sie sich als Gegner der polenfeindlichen Politik ausposaunen. Jetzt stimmten die Zentrumsabgeordneten wiederum, als die Polen bei den Beratungen des Etats des Innern forderten, daß die polnische Sprache aus öffentlichen Versammlungen nicht ausgeschlossen werden solle, in ihrer Mehrheit gegen den polnischen Antrag, und als sie deswegen interpelliert wurden, entschuldigten sie sich damit, sie hätten es übersehen, daß es sich über die Sprachenfrage gehandelt habe.

Dieses Versehen ist sonderbar. Diejenigen polnischen Blätter, die wochenlang die polnischen Abgeordneten wegen Saumseligkeit angriffen, werden doch wohl jetzt die Zentrumsleute vornehmen, die sie mehr lieben, als die ihrigen. Wenn sie dies nicht tun sollten, werden sich unsere Leser überzeugen können, daß diese polnischen Blätter das Wohl der Zentrumspartei höher schätzen, als das Wohl der polnischen Partei, da sie mit den Zentrumsleuten eine unerhörte Nachsicht haben.

Aus Nr. 48 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 28. Februar 1909:

Den Blättern des Abgeordneten Napieralski

sind wir dankbar dafür, daß sie sich seit mehreren Wochen mit Nachdruck darüber auslassen, daß, wenn der Abgeordnete Korfanty in letzter Zeit in Reichstages gesessen hätte, sich viele Dinge zu unseren Gunsten geändert hätten. Diese Bedeutung maßen wir dem Abgeordneten Korfanty niemals bei, denn jeder Abgeordnete hat nur eine Stimme und eine Zunge zum Sprechen. Aber nach Meinung der Blätter des Abgeordneten Napieralski haben die Stimme und Zunge des Herrn Korfanty

eine bei weitem größere Bedeutung. Die Blätter des Abgeordneten Napieralski brachten wiederum eine Nachricht, angeblich aus dem Goniec Wielskopolski, die den Abgeordneten Korzanty denunziert, wie oft und wie lange er nicht in Berlin war. Ob solche Denunziationen den Wählern gegenüber — es kann ja vorkommen, daß ein Abgeordneter wichtiger Beschäftigungen wegen eine gewisse Zeit an den Sitzungen nicht teilnehmen kann — mit der Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit ordentlicher Leute in Einklang zu bringen sind, das mögen unsere Leser beurteilen. Die Blätter des Abgeordneten Napieralski mögen sich lieber darum kümmern, daß der Abgeordnete Napieralski seine Pflichten erfüllt, wie es einem polnischen Abgeordneten und nicht einem Halbzentrumsmann ziemt. Warum rügten denn unlängst die Katolikblätter, als es sich um das Verbot der Frauenarbeit in den Gruben handelte, den Abgeordneten Napieralski nicht deswegen, daß er sich bei den Kapitalisten und dem Berliner Verband Rats erholte, welchen Standpunkt er einnehmen solle, anstatt die z. B. im Verband gegenseitiger Hilfe organisierten Arbeiter zu befragen? Ein solches Verhalten des Abgeordneten Napieralski verstanden die Katolikblätter zu verschweigen. Warum fordern denn die Katolikblätter ihren Abgeordneten Napieralski gar nicht auf, daß er im Reichstag auch das Wort ergreife und von den Unbilden erzähle, die unserem Volk geschehen? Warum schreibt denn der Katolik nichts von der Arbeit derjenigen seiner oberschlesischen Abgeordneten, die er dem Komitee empfohlen und für sie so wacker agitiert hat? Wenn die Blätter des Abgeordneten Napieralski nicht aufhören werden, Herrn Korzanty anzugreifen, so werden wir noch etwas mehr davon schreiben, wie ihre Abgeordneten im Reichstage arbeiten. Die Leute werden sich dann sagen: Schade um die polnischen Hosen, die sich dort auf den Abgeordnetenbänken abnützen.

Aus Nr. 46 des Kurjer Slaski (Kattowitz)
vom 26. Februar 1909:

Der Hafatismus

beginnt wahrhaftig in Verwaltungsangelegenheiten entscheidend zu werden. Es ist übrigens nichts Neues, daß die Hafatisten die Regierung beherrschen, die sich, wie es scheint, dem Kommando des Ostmarkenvereins unterordnet. Die Presse berichtet, die Regierung habe an die Gemeinden die Aufforderung gerichtet, sie möchten für die sogenannten Volksunterhaltungsabende gewisse Geldbeträge bewilligen, weil die Regierungskasse leer sei. Der Hafatismus vergißt, daß solche Verfügungen die friedlichen Bürger, deren Geld zur Aufwiegelung einer Nationalität gegen die andere verwendet wird, nur aufstacheln. Wenn der Hafatismus über unser Geld in den Gemeinden verfügt, wenn man dieses unser Geld dazu verwendet, um uns zu unterdrücken, dann können wir an keinen Frieden mit den Deutschen denken. Wir werden den Hafatismus als einen Fluch ansehen, der auf dem deutschen Volke lastet, welches einmal vor der Menschheit die Barbarei des Ostmarkenvereins verantworten wird. Der Hafatismus ist das Geschwür des deutschen Volkes, und die Krankheit des Chauvinismus wird den Organismus des an sich schon kranken Preußens zugrunde richten. Es ist eine traurige Erscheinung, daß das Volk, welches sich eines Schiller und Goethe rühmt, nichts tut, um dieses Geschwür der Volksgesamtheit zu beseitigen. Es ist Pflicht unserer Gemeinden, dafür zu sorgen, daß ihre Vertreter keinen Pfennig zu „abenty“ bewilligen, denn die Gemeinden können zu solchen Beschlüssen nicht gezwungen werden. Wir müssen uns wehren, denn jede Vernachlässigung

und Nichtvereitelung solcher Beschlüsse ist ein an der polnischen Nation begangenes Verbrechen, ist Selbstmord. Die „abenty“ werden uns nicht erlösen, uns auch nichts zu essen geben, sie bezwecken vielmehr die Germanisierung und allmählich die Lutherisierung der Polen. Noch schlimmer ist der Umstand, daß die Geistlichen in Schlesien zu diesen „abenty“ beitragen und sie manchmal selbst veranstalten. Und diese Geistlichen sündigen in ihrem Eifer und in ihrer heißen Liebe zur preußischen Regierung, die doch den Bürgern keine Freiheit gewährt, diese Geistlichen sündigen doppelt, denn sie bedrücken und verfolgen die Polen, anstatt sie zu verteidigen, wie dies die Lehre Christi befiehlt, und dann setzen sie die Polen dem Verlust des römisch-katholischen Glaubens aus, d. h. die Geistlichen erfüllen nicht gewissenhaft ihre Seelsorgepflichten. Die Geistlichen sollten polnische Unterhaltungsabende veranstalten, welche die Schlesier zur Liebe zum polnischen und nicht zum deutschen Vaterland anspornen und die Polen in Schlesien veredeln würden. Dann wird die Geistlichkeit der Kirche und der ganzen Menschheit einen Dienst erweisen.

Aus Nr. 47 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 27. Februar 1909:

Polnische Volksbank in Beuthen.

Dienstag, den 23. Februar, fand um 5 Uhr nachmittags die Generalversammlung der Volksbank im Banklokale unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Herrn Hanke, statt. Das Vorstandsmitglied, Dr. Skowronski erstattete den Versammelten ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Bank im Jahre 1908. Aus der Bilanz führen wir nur die hauptsächlichsten Ziffern an: Die Geschäftsanteile der Mitglieder betrugen 259 804 M, die Depositen mit den zugeschriebenen Zinsen 7 237 225 M, auf Wechsel wurden an Mitglieder 6 924 121 M verliehen, in der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften in Posen waren 284 349 M hinterlegt. Ferner besaß die Bank für 75 000 M Aktien, für 209 177 M Immobilien und für 300 300 M Wertpapiere. Die Bankfonds, d. i. der Reservefonds, die Spezialreserve, der Pensionsfonds und die Immobilienreserve betrugen am 31. Dezember 1908 mit den zugeschriebenen Zinsen 344 674,55 M. Der Gewinn zur Disposition der Generalversammlung, der 47 569 M aufwies, wurde wie folgt verteilt: als Dividende 15 199 M (7 %), als Pension für den früheren Bankdirektor Herrn Szaslik 2 400 M, dem Reservefonds wurden 14 217,10 M, der Spezialreserve 2 171,30 M, dem Pensionsfonds 10 021,80 M und der neu gebildeten Reserve für Wertpapiere 3 560 M überwiesen. — Alsdann erstattete Herr Dr. Hanke Bericht über die Tätigkeit des Aufsichtsrats und der Kommission im verflossenen Rechnungsjahre und beantragte Entlastung für den Vorstand und Aufsichtsrat, wozu alle Mitglieder ohne Ausnahme ihre Zustimmung erteilten. Die in diesem Jahre aus dem Aufsichtsrat ausscheidenden Herren Dr. Hanke, Michalski und Dr. Sphyra wurden auf weitere drei Jahre durch Afflamation wiedergewählt. — Einen ausführlichen gedruckten Bericht können die Mitglieder und Deponenten im Banklokal während der Bureaustunden von 8—12 vormittags erhalten. Wir hatten wiederum Gelegenheit, uns zu überzeugen, daß sich die Volksbank in Beuthen in jeder Hinsicht unablässig günstig entwickelt, und daß das Vertrauen des Publikums zu diesem Institut immer mehr wächst, was vielleicht am meisten die Tatsache beweist, daß die Depositen am Anfang dieses Jahres im Vergleich zu dem Stande vom 1. Januar 1908

800 000 M mehr betragen. Noch auf einen für die Volksgesamtheit wichtigen Umstand müssen wir aufmerksam machen, und zwar darauf, daß die Bank dank ihrer starken Fonds mehr als ein Drittel aller gewährten Darlehen ihren Mitgliedern zu 5 % belassen konnte, obgleich andere Genossenschaften in dieser Zeit von ihren Schuldnern weit höhere Zinsen nahmen. Das Hauptbestreben der Bank ist, möglichst bald dahin zu gelangen, daß alle Darlehen für einen niedrigeren Zinsfuß als 6 % gewährt werden, was erst dann eintreten wird, wenn die Bank mit eigenen großen Kapi-

talien arbeiten kann, wenn ihre Fonds noch stärker sein werden. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß die in der Generalversammlung anwesenden Mitglieder die Tragweite dieses Bestrebens verstanden und einstimmig einer nur 7 prozentigen Dividende zustimmten, damit die Bankfonds möglichst schnell wachsen. Es freut uns alle, daß die Bank so verständige Mitglieder hat, denen die finanzielle Grundlage ihrer Genossenschaft mehr am Herzen liegt als eine hohe Dividende. — Glück auf der Beuthener Volksbank im neuen Jahre, auf daß sie sich immer mehr und günstiger entwickle!

Aus Nr. 25 des Katolik (Beuthen D.-S.)
vom 27. Februar 1909:

Bilanz für das Jahr 1908.

K o n t o	Aktiva	K o n t o	Passiva
	M		M
Für die Mitglieder verauslagte Kosten	7 581,50	Geschäftsanteile	259 804,05
Darlehen gegen Wechsel	6 924 121,20	Reservefonds	139 051,75
Immobilien	209 177,—	Dazu 4 % vom vorjährigen	
Depositen in Banken	284 349,—	Reservefonds	5 219,40
Aktien	75 000,—	Spezialreserve	149 255,35
Wertpapiere	300 300,—	Dazu 4 % von der vor-	
Kassenbestand	88 744,10	jährigen Spezialreserve	5 970,20
		Aus den Gewinften dies.	
		Jahres zugeschrieben ..	20 000,—
		Emeritenfonds	14 690,60
		Dazu 4 % vom vorjährigen	
		Emeritenfonds	287,60
		Immobilien-Reserve	10 039,70
		Dazu 4 % von der vorj.	
		Immobilien-Reserve ..	159,95
		Depositen	7 051 426,45
		Zugeschriebene Zinsen	185 799,05
		Zur Disposition der Generalversammlung	47 569,30
	7 889 273,30		7 889 273,30

Mitgliederzahl:

Als aus dem Jahre 1907 auf 1908 übernommene Mitglieder waren angegeben 1252.
Im Jahre 1908 sind neu eingetreten

Zusammen 1417.

Noch vor dem Jahre 1908 sind gestorben

Im Jahre 1908 starben weitere

Im Jahre 1908 wurden ausgeschlossen

Im Jahre 1908 sind ausgetreten

Auf das Jahr 1909 treten über

Beuthen D.-S., den 27. Februar 1909.

Bank Ludowy — Volksbank,

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Dr. Skowronski. Reglaff. Eckert.

Aus Nr. 25 des Katolik (Beuthen D.S.)
vom 27. Februar 1909:

Bilanz für das Jahr 1908.

Aktiva M	K o n t o	Passiva M
—	Reservefonds	14 492,05
—	Geschäftsanteile	38 578,90
—	Depositen..... 788 447,55	
—	Zugeschriebene Zinsen..... 24 555,70	813 003,25
6 749,75	Banken.....	40 000,—
20 000,—	Aktien	—
423,45	Prozeßkosten im Interesse der Mitglieder	—
637 821,80	Wechselforderungen	—
249 335,20	Immobilien	—
8 924,25	Kassenbestand.....	—
500,—	Geschäftsanteile in Banken	—
—	Hypotheken.....	97 800,—
80 119,20	Zweifelhafte Forderungen und Verluste	—
1 003 874,20		1 003 874,20

Mitgliederzahl:

Aus dem Jahre 1907 auf 1908 übernommene Mitglieder waren	266.
Im Jahre 1908 sind eingetreten	33.
	Zusammen.... 299.
Im Jahre 1908 sind ausgeschieden	65.
Auf das Jahr 1909 treten über	234.

Siemianowicz, den 23. Februar 1909.

Bank Ludowy — Volksbank,

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Josef Dreyza. Fr. Dembinski. Josef Koppel.

Aus Nr. 25 des Katolik (Beuthen D.S.)
vom 27. Februar 1909:

Bilanz pro 1908.

Aktiva M	K o n t o	Passiva M
500,—	Geschäftsanteile	29 942,70
50,30	Prozeßkosten	—,—
569 482,47	Wechselforderungen	—,—
86 126,75	Banken	—,—
10 000,—	Aktien.....	—,—
1 921,70	Mobilien-Konto	—,—
3 931,15	Kassenbestand.....	—,—
—,—	Spareinlagen.....	628 536,28
—,—	Reservefonds	3 879,10
—,—	Spezial-Reservefonds.....	5 724,68
—,—	Gewinn zur Disposition der Generalversammlung	3 929,61
672 012,37		672 012,37

Mitgliederzahl.

Ende 1907 betrug die Mitgliederzahl nicht 357, wie in der Bilanz pro 1907 bekannt gemacht worden, sondern nur 355 (von dem Tode von 2 im Jahre 1907 verstorbenen Genossen wurde der Vorstand erst im Jahre 1908 nach Veröffentlichung der Bilanz pro 1907 in Kenntnis gesetzt).

Mitgliederzahl Ende 1907	355
Zugang pro 1908.....	57
	Summa... 412
Abgang pro 1908	48

Mitgliederzahl Ende 1908

Königshütte D.S., den 25. Februar 1908

Bank ludowy — Volksbank.

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Ligon. Maciejewski. Szufalski.

Aus Nr. 26 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 2. März 1909:

Die Generalversammlung der polnischen Volksbank in Ratibor

Am Samstag abend bei verhältnismäßig ziemlich zahlreicher Beteiligung der Mitglieder statt. Aus dem vorgelegten Jahresbericht geht hervor, daß sich unsere Bank unter sachkundiger und gewissenhafter Leitung von Jahr zu Jahr immer mehr entwickelt und das vollste Vertrauen der Volksgemeinschaft verdient, für die sie gegründet worden ist. Die Zahl der Mitglieder hat sich im verflossenen Jahre durch Austritt, Tod oder Ausschliefung um 99 verringert, neu hinzugetreten sind 115, sodaß die Bank gegenwärtig 1250 Mitglieder oder 16 mehr zählt wie im Vorjahre. Die Depositen betrugen am Ende des verflossenen Jahres 2 404 950,10. M. mithin über 400 000. M. mehr, als im Vorjahre. Der der Generalversammlung zur Disposition gestellte Reingewinn betrug 16 098,10. M., wovon der größte Teil dem Reservefonds zugeschrieben wurde. Diese werden sich jetzt auf nahezu 71 000. M. belaufen. An Darlehen wurden im verflossenen Jahre 2 114 459,95. M. gewährt, Verluste waren nicht zu verzeichnen. Die Generalversammlung erteilte dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung und beschloß die Verteilung einer 6 prozentigen Dividende von den Geschäftsanteilen. Die zurücktretenden Mitglieder des Aufsichtsrats, die Herren Kucza, Płota, Karol Kaczeł, Gryglewicz und Kocur, wurden wiedergewählt. In der freien Aussprache wurde in Form einer Resolution der Antrag angenommen, daß im nächsten Jahre die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder von 7 auf 9 vermehrt werden soll. Da damit eine Änderung des einschlägigen Paragraphen der Satzungen verbunden ist, wird diese Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt werden. Dem Vorstand und Aufsichtsrat gebührt aufrichtige Anerkennung für ihre eifrige und gewissenhafte Tätigkeit, dank welcher unsere Bank bereits zu der jetzigen Blüte und Bedeutung gelangt ist.

Aus Nr. 46 des Górnosłazak (Rattowitz)
vom 26. Februar 1909:

Der neue Beuthener Landrat.

Dr. Trappenberg hielt in der letzten Sitzung des Kreisaußschusses eine Programmrede. U. a. jagte er, daß er an alle Angelegenheiten vom Standpunkt des Staatsinteresses herantreten werde. — Unseres Erachtens wäre es besser, wenn der Herr Landrat an die Angelegenheiten vom Standpunkt der Interessen der Kreisbürger heranträte, denn die Beamten sind doch für die Bürger und nicht die Bürger für die Beamten da, die den Staat repräsentieren.

Aus Nr. 51 des Górnosłazak (Rattowitz)
vom 4. März 1909:

Aus Krywald (?) bei Rybnik.

Die fiskalische Grube in Anirow könnte für eine bessere Ordnung bei der Krankenbeförderung sorgen. Unlängst wurde ein verletzter Bergmann auf einem gewöhnlichen Wagen nach Czuchow befördert, obgleich es kalt war. Unglücklicherweise lenkte das Pferd noch einem Felde und warf den Wagen um, sodaß der Verletzte in den Schnee fiel. Einige von der Arbeit kommende Bergleute hoben ihn auf und brachten ihn

bei einem in der Nähe wohnenden Wirt unter. Meines Erachtens müßte für Kranke ein besonderer und erwärmter Wagen vorhanden und der Kranke oder Verletzte gut verpackt sein.

Aus Nr. 23 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 23. Februar 1909:

Aus Daniec, Kreis Oppeln.

Unlängst fand hier auf Anregung des Försters Muht und des Lehrers Korgel eine Versammlung des „Kriegervereins“ statt. Es waren auch der Herr Landrat aus Oppeln, der Amtsvorsteher aus Dembic und die Hufatisten aus Daniec erschienen. Die Teilnahme der „Kriegervereinsisten“ war sehr zahlreich, denn sie hatten sich dort aus den beiden Dörfern Daniec und Raschowe versammelt. Man befürchtete, daß sich aus Daniec nicht alle stellen werden, aber die Krieger erschienen alle wie ein Mann. Es sollen ihrer über 90 gewesen sein. Um 6 Uhr abends kommandierte der Gendarm alle in den Saal ab, den alle betraten. Dann las der Herr Landrat das Programm vor. Alle hörten aufmerksam zu, und diejenigen, die nicht deutsch verstanden, sperrten die Mäuler auf wie die Kälber und hörten ebenfalls zu, obgleich sie die anderen fragen mußten, was der Landrat gesprochen haben.

Nach Verlesung des Programms wählte der Landrat die Vorstandsmitglieder des Vereins aus. Vorsitzender wurde der Amtsvorsteher, und sonst wurden gewählt: Muht, Korgel, Mientus und Wiescholek aus Daniec. Bei der Wahl wäre es beinahe zu einer Prügelei gekommen, denn fast alle wollten Vorstandsmitglieder sein. Die Raschower riefen die aus Raschowe, und die Daniecer „Blüten“ erwarteten schier atemlos, daß man sie aufrufen werde, denn der Dheim wünschte den Dheim und der Schwiegervater den Schwiegerjohn. Am Schluß wurde bekanntgemacht, daß aus Raschowe 12, aus Daniec 15 beigetreten seien. Sie freuten sich sehr, daß ihrer so viele waren. Manchen schien es, als habe sich der Himmel ihnen geöffnet.

Schon früher hörte ich auch, daß hier irgendwelche katholischen Vereine gegründet werden sollten. Indes ist es wieder still geworden. Ich weiß nicht, wie der Herr Pfarrer hierüber denkt. Was werden diejenigen, die sich in polnischen und katholischen Vereinen befinden, zu diesen Daniecer „Blüten“ sagen, die nach diesem Bismarckverein so begierig waren?

Aus Nr. 22 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 20. Februar 1909:

Herr Pfarrer Kulig

aus Szczedrzyk teilt uns, indem er sich auf § 11 des Preßgesetzes beruft, in einem deutschen Schreiben mit, 1. daß am 14. d. M. die Kirche nicht geschlossen gewesen sei (was überhaupt nie der Fall sei); 2. daß er seine Parochianen niemals geschmäht habe; 3. daß die Parochie Szczedrzyk „auch deutsch“ sei.

Wir wissen nicht, auf welchem Mißverständnis die Behauptung unseres Korrespondenten, daß die Kirche am Sonntag geschlossen gewesen sei und daß viele Menschen vor der Kirche gewartet hätten, beruht. Wir bitten unseren Korrespondenten sowie unsere Leser in der Parochie Szczedrzyk um unverzügliche Aufklärung hinsichtlich des ersten und zweiten Punktes der Berichtigung.

Die Hauptsache ist die Tatsache, daß Herr Pfarrer Kulig die Behauptungen des Korrespondenten und

die traurige Wahrheit nicht in Abrede stellt, daß er in seiner Parochie die Germanisation einführt, und darum handelt es sich den Parochianen vor allem, das schmerzt sie am meisten. Die „Berichtigung“ des Herrn Pfarrers Kulig, daß die Parochie Szczedrzyk „auch deutsch“ sei, beweist gar nichts, denn 5 bis 10 Deutschkatholiken (Lehrer, Förster usw.) sind in jeder Parochie zu finden. Wo würde denn jemand für einige, für ein oder sogar mehrere Duzend Polen in einer deutschen Parochie polnische Predigten usw. einführen?! Der Diözesan-Schematismus vom Jahre 1902 weist aus, daß die Parochie Szczedrzyk 3549 Katholiken, 90 Protestanten, 3 Juden hat. „Sprache polnisch.“ Der Schematismus aus dem Jahre 1907 aber gibt 3803 Katholiken, 126 Protestanten, 3 Juden an. „Sprache polnisch.“ Der Schematismus widerlegt also die Behauptung des Pfarrers Kulig, daß die Parochie als solche „auch deutsch“ sei. Denn die Protestanten kann man doch nicht zu den Parochianen zählen. Herr Pfarrer Kulig weiß sehr gut, worum es sich seinen Parochianen handelt, er weiß gewiß, daß die deutschkatholischen Blätter fast unaufhörlich Beispiele dafür anführen, wohin die Germanisation führt und welche Gefahren sie für den hl. Glauben nach sich zieht. Wozu also lange Diskussionen?!

Aus Nr. 48 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 28. Februar 1909:

Aus dem Kreise Pleß.

Zufällig geriet in meine Hände die Sohrauer deutsche Zeitung, die sich über einen „abent“ in Osina ausläßt, an welchem sich Herr Pfarrer Rubica aus Kreuzdorf beteiligte. Es wurde schon soviel über die für die Nationalität unseres Volkes so schädlichen „abenty“ geschrieben, daß man glauben möchte, das Volk werde sich von ihnen fernhalten. Und doch ist es anders. Das Volk, stets lüftern nach Schauspielen, als ob es nur dazu auf der Welt wäre, um zu sehen, zu leben und zu genießen, läuft hin wie die Fliege auf den Zucker. . . Mein tiefstes Bedauern aber muß ich ausdrücken, daß Herr Pfarrer Rubica aus Kreuzdorf an dem „abent“ teilnahm und sogar eine Ansprache hielt, in welcher er (nach der Sohrauer Zeitung) behauptete, daß die Eltern auf ihre Kinder stolz sein könnten, die so vieles vollbracht hätten (in der Germanisation). Meines Erachtens sollten die polnischen Eltern nur dann stolz sein, wenn sie ihre Kinder zu guten Katholiken, zu guten Polen und guten Bürgern ihrer eigenen polnischen Volksgemeinschaft erziehen, so daß die Kirche und polnische Volksgemeinschaft Freude und Nutzen an ihnen hätte. Wenn Pfarrer Rubica anders denkt, so täuscht er sich gewaltig. Wenn er aber so denkt wie ich, warum ging er da zum Germanisierungs-Abend und warum lobte er ihn dort?

Ein Pleßer.

Aus Nr. 50 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 3. März 1909:

Aus dem Kreise Pleß.

Vergangene Woche fanden im Rekollections-hause zu Czechowice in Österreichisch-Schlesien Rekollationen (geistliche Übungen) für Bauernwirte statt. Es fanden sich mehr als 100 Wirte ein, und hiervon der überwiegende Teil aus dem Kreise Pleß. In dem Rekollections-hause hatten wir eine sehr gute Obhut; die Belehrungen — je 4 bis 5 täglich — waren sehr

erbauend und schön. Es wäre sehr empfehlenswert, daß sich unser Volk, insbesondere aber unsere Jugend, an diesen heilsamen Rekollationen stets möglichst zahlreich beteiligen würde, denn in den heutigen Zeiten der Gleichgültigkeit und des Verderbs müssen wir uns in unserem hl. Glauben soviel wie möglich bilden und befestigen. — Für alle Arbeit und Obhut, die uns die hochwürdigen Jesuitenpatres im Rekollections-hause angedeihen ließen, sagen wir in altpolnischer Weise von ganzem Herzen „Gott bezahls!“

Aus Nr. 50 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 3. März 1909:

Aus Woischnig im Kreise Lubliniz.

In unserem Blatte soll eine Korrespondenz gestanden haben, die sich auf unsere Gemeinde Z. bezogen hat. Jetzt erst las sie auch unser Herr Lehrer, und er fragte die Schulkinder, wer sie liest. Und der Herr Lehrer sagte ihnen, er müsse erfahren, wer die betreffende Korrespondenz geschrieben hat, denn er werde den Betreffenden ins Gefängnis sperren lassen. So gut geht es uns hier, daß niemand etwas von unserer Not erfahren kann, und wenn man es erführe, so würden uns noch diejenigen ins Gefängnis sperren, denen die Nachrichten nicht gefallen. Der Korrespondent aber, der das geschrieben, hat keineswegs alles beschrieben, denn es geht uns hier noch schlechter, als in der Korrespondenz geschrieben war, was wir alle bezeugen können.

Aus Nr. 50 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 3. März 1909:

Aus Scharley bei Beuthen.

Sonntag, den 28. Februar, gründeten wir hier einen Gesangsverein unter dem Namen „Galla“. Vorläufig meldeten sich 28 Mitglieder, es besteht aber die Hoffnung, daß die Zahl der männlichen und weiblichen Mitglieder bald erheblich wachsen wird. In die Kasse flossen sofort 30 M., besonders dank der Opferwilligkeit des Herrn Apothekers Wolski aus Beuthen, der uns einen größeren Betrag schenkte, damit der Verein vor allem am Anfang keine Schwierigkeiten hätte. Die Gesangstunden werden alle zwei Wochen einmal und zwar am Sonntag stattfinden. Es wird empfohlen und ermuntert, daß Frauen und Männer aus Scharley und Pieskar, die eine gute Stimme haben, unserem Verein als tätige Mitglieder beitreten möchten. Diejenigen aber, die keine gute Stimme haben, können dem Verein, um ihn mit Geld zu unterstützen, gleichfalls angehören und von seinen Einrichtungen Gebrauch machen.

Aus Nr. 47 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 27. Februar 1909:

Von der Redaktion.

Dem Beuthener Leser des Kurjer Śląski Herrn J. B. Es ist nicht wahr, daß R. die Gründung nationaler Vereine verhindert hat, und ebenso ist die Behauptung falsch, daß er in Kattowitz hinderlich gewesen ist, denn in Kattowitz ist bis jetzt ein zweiter Verein nicht gegründet worden. Unseres Erachtens sollte in ein und demselben Ort ein zweiter Verein mit den gleichen Zielen und Bestrebungen nicht gegründet werden, denn dies zieht nur Konkurrenz und Zwietracht nach

lich. Wenn der bestehende Verein soviel Mitglieder zählt, daß sie das Vereinslokal nicht faßt, so teile man ihn in mehrere Abteilungen, die jedoch einem Vorstand unterstellt sind.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)

vom 15. Februar 1909:

Beuthen.

Die Mitgliederzahl ist von 45 auf 80 gestiegen. Nach dem Inkrafttreten des neuen Vereinsgesetzes haben sich auch 10 Frauen in den Verein aufnehmen lassen. An den Übungsabenden nehmen 15 Kameraden teil. Die Versammlungen finden einmal im Monat statt. In denselben werden Vorträge aus dem historisch-völkischen, sozialen und wissenschaftlichen Gebiete gehalten. Die Übungen finden zweimal wöchentlich unter Leitung des Turnwarts statt. Der Verein besitzt folgende Turngeräte: Barren, Reck, Pferd, Sprunggestell, Turnstäbe und mehrere Paar Keulen. Es wurden drei Ausflüge unternommen. Von den vergangenen Festlichkeiten sind zu erwähnen die Gedenkfeier der Konstitution vom 3. Mai, der Kosciuszkoabend und das Weihnachtsfest. Der Verein besitzt kein Vermögen, und nur mit Mühe ist es ihm möglich, aus den laufenden Beiträgen die Miete des Saales, die 300 M. jährlich beträgt, zu decken. Die Vereinsbibliothek zählt 120 Bände. Leider wird sie von den Kameraden sehr wenig benutzt. In den Vorstand sind die alten Vorstandsmitglieder wiedergewählt. In den Beirat gehören außer anderen Nowakowski und Maciejczak. Als Delegierter für 1909 ist der Vorhende Wolski und als dessen Stellvertreter Maciejczak gewählt.

Michael Wolski,
Vorsitzender.

Kott,
Schriftwart.

Die polnischen Genossenschaften in Schlesien und ihre Revisionen.

Von Pfarrer Wawrzyniak.

(Aufsatz aus der Jubiläumsschrift des Dziennik Poznański Posen.)

Die polnischen Genossenschaften, das sind die Genossenschaften, welche die polnische Sprache bei Erledigung ihrer Geschäfte mit ihren polnischen Mitgliedern anwenden — entstanden im Großherzogtum und in Westpreußen auf der von der Regierung anerkannten rechten und billigen Grundlage, daß es sich nicht gezieme, Genossenschaftsmitglieder, welche deutsch nicht könnten, dazu zu zwingen, daß sie in rein privaten Angelegenheiten, wenn es sich um eine so wichtige Sache wie um ihr Vermögen und um ihre Tasche handelt, in einer unverständlichen Sprache verhandeln, daß sie unverständliche Schreiben annehmen und etwas, was sie nicht verstehen, unterschreiben.

Im Gefühl dieses rechten und billigen Prinzips, daß eigene, private Vermögensangelegenheiten ein jeder nach seiner eigenen Anschauung einrichten kann, steht es nicht allein den Genossenschaften frei, die polnische Sprache in der Buchführung und bei der Erledigung der Geschäfte anzuwenden, sondern die Regierung hat auch einen Verband solcher Genossenschaften anerkannt, indem sie im Jahre 1892 auf Grund des Genossenschaftsgesetzes vom 1. 5. 1889 das Privileg der Bestallung eines Revisors dem sogenannten polnischen Verbands unter der Firma „Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Großherzogtum Posen und Westpreußen“ verlieh.

Bekannt ist, daß nach dem Genossenschaftsgesetz jede Genossenschaft alle 2 Jahre revidiert werden muß und daß sie die Pflicht hat, dem Gericht eine Bescheinigung darüber einzureichen, daß sie revidiert worden ist. Eine solche Revision, über welche dem Gericht eine Bescheinigung eingereicht werden muß, kann entweder ein von dem seitens des Ministeriums anerkannten Revisionsverbande ernannter Revisor ausführen oder ein solcher, der vom Gericht ernannt worden ist, und zwar auf Antrag der Genossenschaft nach Anhörung der Ansicht der höheren Verwaltungsbehörde bezüglich der Persönlichkeit des vorgeschlagenen Revisors.

Es ist allgemein anerkannt, daß ein Verbandsrevisor prinzipiell für eine Genossenschaft besser sein soll als ein vom Gericht ernannter, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ein Verband einen Fachmann als Revisor bestellt, der mit dem Genossenschaftsgesetz und mit den genossenschaftlichen Einrichtungen genau bekannt ist, während das Gericht sich mit einem Revisor zufrieden geben muß, der sonst wohl ein tüchtiger Mann sein mag, aber nicht immer in die genossenschaftliche Tätigkeit eingearbeitet ist. Darum streben angesehenere Genossenschaften, die um ihr Interesse besorgt sind, danach, Verbänden anzugehören, und sie suchen in diesen ihre Revisoren. Wenn eine Genossenschaft keinem Verbande angehört, so liegt eine gewisse Anormalität vor, für welche in jedem einzelnen Falle eine Erklärung zu suchen ist.

Jeder Revisionsverband muß seine Satzungen haben, auf Grund deren er amtlich bestätigt wird. In diesen Satzungen muß unter anderem ausgedrückt sein, wieviel Genossenschaften der Verband aufnehmen und über welches Territorium er sich erstrecken soll. Eine Änderung der Satzungen des Verbandes unterliegt nicht der behördlichen Bestätigung. Die Satzungsänderung ist nur dem Ministerium mitzuteilen, die Behörde kann dem Verbande das Privilegium der Bestellung von Revisoren auf Grund des § 60 des Genossenschaftsgesetzes entziehen. Dieser Paragraph lautet: (Folgt der Wortlaut.) Als man den Verband für Posen und Westpreußen gründete, gab es außerhalb dieses Territoriums keine polnischen Genossenschaften. Der Verband beschränkte sich ausschließlich auf Posen und Westpreußen. Die Höchstzahl der Genossenschaften (es gab damals ihrer 77), welche ihm angehören konnten, wurde auf 150 festgesetzt. Diese Zahl erweiterten die betreffenden Verbandstage erst auf 200 und gegenwärtig auf 400. Jetzt zählt der Verband 225 Genossenschaften, welche Zahl sich in den nächsten Jahren auf 250 erhöhen wird. Natürlich hat die Erhöhung der Zahl der Genossenschaften ihre Grenzen, da allzuviel Genossenschaften ihre Existenzberechtigung verlieren würden.

Mittlerweile sind aus dem gleichen gerechtfertigten Grunde, aus welchem bei uns polnische Genossenschaften gegründet wurden (d. i., daß auch den polnischen Bürgern freisteht, Genossenschaften mit polnischer Sprache bei der Geschäftsführung zu gründen), polnische Genossenschaften auch in Oberschlesien ins Leben gerufen. Solcher Genossenschaften hat Schlesien: 12 Volksbanken und eine Parzellierungsgenossenschaft in Beuthen. Die Konsumgenossenschaften sind eingegangen.

Die Gründung einer größeren Zahl von Darlehns-genossenschaften steht bevor, und zwar in Gegenden, wo deutsche Genossenschaften zwar bestehen, wo aber die Polen sich für beeinträchtigt halten können, soweit die Genossenschaften den polnischen Bürgern nicht das Recht zugestehen, in den Generalversammlungen polnisch zu sprechen, sich im Lokale der Genossenschaft und bei der Korrespondenz der eigenen, polnischen Sprache zu bedienen. Gegenwärtig bestehen polnische Genossenschaften in folgenden Ortschaften: Beuthen, Gleiwitz, Königshütte, Kosel, Rattowitz, Pleß, Oppeln, Ratibor,

Rybnik, Siemianowicz, Gr. Strehlitz, Zabrze. Obige Genossenschaften gehören keinem Revisionsverbande an. Abgesehen von der Frage, ob sie von irgendeinem der in Schlesien bestehenden deutschen Verbände würden aufgenommen werden, würden in diesem Falle Schwierigkeiten nach der Richtung hin erwachsen, daß die schlesischen Verbände keine polnischen Revisoren haben und sie den polnischen schlesischen Genossenschaften nur schwer bei nicht gehöriger Berücksichtigung der sprachlichen Sonderstellung, sei es auch nur bei den Verbandstagen, gerecht werden könnten. Darum lassen sich die schlesischen Genossenschaften durch gerichtlich bestellte Revisoren revidieren. Das gereicht den Genossenschaften nicht zum Nutzen. . . .

Wenngleich uns die betreffenden Revisionsprotokolle bekannt sind, lassen wir uns in eine Kritik derselben nicht ein und stellen nur fest, daß, wenn es der Beweise dafür bedürfte, eine durch gerichtlich bestellte Revisoren ausgeführte Revision eine von einem in den Genossenschaften arbeitenden sachmännischen, mit allen genossenschaftlichen Angelegenheiten vertrauten Revisor ausgeführte Revision nicht sein kann. Die betreffenden schlesischen polnischen Genossenschaften könnten dafür einen klaren Beweis liefern. In Erkenntnis dieser unzulänglichen Revision haben die schlesischen Genossenschaften Schritte getan, um unserem Verbands beizutreten. Die Sache ist auf dem Pöpliner Verbandstage behandelt worden, und der Kurator unserer Genossenschaften hat Schlesien den Rat gegeben, nach einem besonderen Revisionsverband für Schlesien zu streben.

Der Kurator, der von der Überzeugung ausgeht, daß niemand die Genossenschaftsangelegenheiten von einem anderen als nur dem finanziell-wirtschaftlichen Standpunkte aus behandeln könnte und daß die Regierung sich durch konfessionelle und nationale Beweggründe in den Genossenschaften nicht leiten lassen würde, meinte, daß die Regierung den Genossenschaften das Revisionsrecht nicht versagen wird.

Sollte das jedoch erfolgen, so, meinte der Kurator, würde es tatsächlich im Interesse der schlesischen Genossenschaften — als solchen — liegen, einem Verbands, der polnische Revisoren hat, beizutreten. Auf Grund der vorstehenden Erklärung auf dem Pöpliner Verbandstage stellten die schlesischen Genossenschaften den formellen Antrag um Bestätigung eines eigenen Verbands für die schlesischen Genossenschaften. . . .

Die Regierung stellt in solchen Sachen, wie immer, umfassende Ermittlungen an, und deshalb muß man sich nicht so sehr darüber wundern, daß bis jetzt noch keine Antwort vom Ministerium eingelaufen ist. — Eine solche ist jedoch in der nächsten Zeit zu erwarten. . .

Der Meinung des Unterzeichneten nach müßte diese zugunsten des neuen Verbandes ausfallen. Die Aufgabe dieses Verbandes wird außer den Fachrevisionen der zugehörigen Genossenschaften die Gründung neuer Genossenschaften sein, und zwar dort, wo sie eine wirkliche wirtschaftliche Notwendigkeit, und überhaupt alles das sind, was der § 2 unserer Verbandsatzungen besagt:

„Der Verband hat zum Ziele: 1. Die Revision der zu ihm gehörenden Genossenschaften, 2. die gemeinsame Förderung der im § 1 des Genossenschaftsgesetzes vom 1. Mai 1889 bezeichneten Interessen und namentlich die Pflege der gegenseitigen Beziehungen.“

Die ganze Angelegenheit wird die nächste Zukunft entscheiden.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 4 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 21. Februar 1909:

Jahresbericht des St. Peter- und Paul-Bereins in Egeln.

Am Anfange des Jahres zählte der Verein 20 Mitglieder. Im Verlaufe des Jahres traten 6 neue Mitglieder bei, 2 schieden aus und 1 ist gestorben, so daß auf das neue Jahr 23 Mitglieder übergehen. Der Verein nahm zweimal an der Beichte und an der heiligen Kommunion teil, es fanden 21 Versammlungen statt, darunter 4 Generalversammlungen, der Verein beteiligte sich auch durch Entsendung von Delegierten an den Delegiertenversammlungen des Verbandes in Berlin, Magdeburg und Bromberg und trat 4 Mal amtlich mit der Fahne in die Öffentlichkeit. Um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich zu vergnügen, veranstaltete der Verein im Laufe des Jahres drei Vergnügungen, ebenso eine gemeinschaftliche Weihnachtsfeier. Es wurden Unterstützungen in Höhe von 36 M an Mitglieder und in Höhe von 5,85 M an arme Waisen verteilt.

Die Gesamteinnahme betrug 236,65 M, die Ausgabe 229,64 M, es verbleibt ein Ueberschuß von 7,01 M. Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt 283,87 M. In der Generalversammlung, die am 17. Januar stattfand, wurde der nachstehende Vorstand gewählt: Theofil Majer, Vorsitzender, A. Gierzewski Stellvertreter, Peter Kempowski, Schriftführer, J. Stanko, Stellvertreter, Martin Dombrowski, Kassierer, J. Golinski, Stellvertreter des Kassierers und Bibliothekar. In die Kommission wurden gewählt: B. Sulek, M. Wiczorek, und J. Golinski. Für die Fahne J. Kolodziejczak, D. Dombrowski und J. Golinski. Sämtliche Korrespondenzen, die den Verein betreffen, wolle man adressieren an Theofil Majer, Egeln bei Staßfurt, Breitenweg 18.

Peter K a m p o w s k i, Kassierer.

Aus Nr. 4 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)
vom 21. Februar 1909:

Jahresbericht des polnisch-katholischen Vereins unter dem Schutze des heiligen Josef in Senftenberg.

(Verspätet durch die Krankheit des Schriftführers.)

Der Verein hielt am 8. November 1908 seine Generalversammlung in dem gewöhnlichen Sitzungslokal ab. In dieser Versammlung wurde der Jahresbericht über die Tätigkeit des Vereins erstattet, ebenso die Wahl des neuen Vorstandes beendet. Der Verein hatte im Anfange des Jahres 21 Mitglieder, im Laufe des Jahres traten dem Verein 15 Mitglieder bei und es traten 11 wegen verschiedener Gründe aus dem Verein aus es verbleiben demnach für das neue Jahr 25 Mitglieder.

An Einnahmen hatte der Verein im verflossenen Jahre 151,04 M zu verzeichnen, die Ausgabe betrug 154,70 M, das Defizit betrug demnach 3,60 M. Zusammen mit dem Bestande von früheren Jahren besitzt der Verein 253,57 M, wovon sich 200 M in der polnischen Industriebank in Posen befinden. Der Rest verbleibt bei dem Kassierer. Zum Vorstande wurden folgende Mitglieder gewählt: Johann Komala als Vorsitzender, Fr. Kuna, Schriftführer, L. Kosicki,

Kassierer, P. Kaminski und J. Dylewski, Kassenrevisoren, P. Kaminski, Bibliothekar. Sämtliche den Verein betreffende Korrespondenz bitten wir zu adressieren an: J. Komala, Gartenstraße Nr. 8.

Jan Komala,
Vorsitzender.

Franz Kuna,
Schriftführer.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

S u d e r w i c h.

Sonntag, den 10. Januar d. J. fand die Generalversammlung des Sokół statt. In den neuen Vorstand gehören: Johann Pawlak als Vorsitzender, Anton Michalski als Schriftwart, Anton Holomak als Kassenwart, Thomas Glowak als Turnwart, Anton Michalski als Unterturnwart. Die Sitzungen finden jeden 2. Sonntag im Monat statt. Geübt wird jeden Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends im Saale des Herrn Feldmann in Henrichenburg. Sämtliche Briefe bitten wir an die Adresse: Johann Pawlak, Suderwich, Henrichenburgstr. 10 oder an Anton Michalski, Suderwich, Pöpinthäuserstraße 44 zu senden.

Johann Pawlak, Vorsitzender.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

O b e r h a u s e n I.

Die Generalversammlung fand am 1. Januar statt. Nach dem Verlesen des Jahresberichts wurde der neue Vorstand gewählt: Julian Synakiewicz als Vorsitzender, Florian Smolarek als Stellvertreter, Matthias Stachowiak als Schriftwart, Boleslaus Gintrowski als Stellvertreter, Martin Katarzyna als Kassenwart, Josef Zalewski als Stellvertreter, Ladislaus Zalewski als Turnwart, Johann Mazurek als Unterturnwart, Andreek Rzepka als Bibliothekar, Lorenz Blaziczak als Stellvertreter, Michael Zablocki und Adalbert Hetman als Beiräte. Der Verein zählt 98 Mitglieder. Sämtliche, den Verein betreffenden Schriftsachen sind zu Händen des Vorsitzenden Julian Synakiewicz, Körnerstr. 11, oder des Schriftwarts Matthias Stachowiak, Kasernenstraße 15 zu senden.

Julian Synakiewicz,
Vorsitzender.

Matthias Stachowiak,
Schriftwart.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

N i e d e r l e h m e.

Die Generalversammlung fand am 17. 1. 1909 statt. Nach der Berichterstattung wurde der neue Vereinsvorstand gewählt: Josef Szubert als Vorsitzender, Josef Lukaszuk als Schriftwart, Stephan Chwaliz als Kassenwart. In den Beirat gehören: Franz Matuszak II. Vorsitzender, Ladislaus Wachowicz Stellvertreter des Schriftwarts, Valentin Tomczak Turnwart Roman Plura Unterturnwart, Josef Razmierczak, Martin Swiderski, Roman Rucharski, Ladislaus Wachowicz, Franz Matuszak Lehrer, St. Patelsa Bibliothekar, St. Lura und R. Nowak Beisitzer, St. Ignasius und Paul Gonsior Kassenrevisoren, Paul Gonsior, Johann Kaplan, Josef Szubert Delegierte. An der Versammlung nahmen 40 Personen — darunter 7 Gäste — teil.

Alle Briefe sind an Josef Szubert, Niederlehme-Neubau zu senden.

Josef Lukaszuk,
Schriftwart.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

M a r y l o h.

Die Generalversammlung fand am 1. Januar d. J. um 2 Uhr nachmittags statt. Aus dem Bericht des Kassenwarts entnehmen wir folgendes: Es waren 577,11 M. Einnahmen und 554,50 M. Ausgaben. In der Kasse verblieben 32,61 M. Es wurden abgehalten: 12 gewöhnliche, eine halbjährliche und eine Generalversammlung. Der Verein zählt 44 Mitglieder. An der Generalversammlung in Duisburg-Beek nahmen 20 Kameraden teil. In den Vorstand gehören: Johann Chudzinski als Vorsitzender, Stanislaus Szufalski als Schriftwart, Michael Smetkala als Kassenwart, Peter Piec als Turnwart. In den Beirat sind gewählt worden: Jaturkowski, Wedelny und Florowski.

Johann Chudzinski,
Maryloh, Entenstr. 33.

Stanislaus Szufalski,
Maryloh, Neustr. 4.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

C o s t a u.

Die Generalversammlung fand am 17. 1. statt. Im Laufe des Jahres fanden statt 12 monatliche Versammlungen, eine Generalversammlung und 3 Vorstandssitzungen. Der Verein zählt gegenwärtig 22 Mitglieder. Der Verein hatte 115,71 M. Einnahmen und 93,47 M. Ausgaben, in der Kasse verblieben 22,24 M. In der Sparkasse liegen 140 M. Die Vereinsbibliothek ist 40 Bändchen stark. In den Vorstand sind gewählt worden: Thomas Klimczak als Vorsitzender, Adalbert Hetmanski als Schriftwart, Franz Janrozny als Turnwart. In den Beirat sind gewählt worden: Nikolaus Aniec, Anton Janotta, Johann Wybraniec und Johann Pojont.

Gut Heil!

Adalbert Hetmanski,
Schriftwart.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

K i e l, den 7. Februar 1909.

In den Vorstand sind gewählt worden: W. Kapalczynski als Vorsitzender, Muczynski als Schriftwart, T. Patalas als Kassenwart, Zwinski als Turnwart. In den Beirat sind gewählt worden: Hocheijel, Stellvertreter des Vorsitzenden, Kordek Stellvertreter des Schriftwarts, Hocheijel Stellvertreter des Kassenwarts, Szewczyk Vertreter des Turnwarts, Bibliothekar ist Muczynski. Beisitzer sind: Szewczyk und Kordek, Kassenrevisoren sind: Hocheijel und Ciennoczolowski.

W. Kapalczynski,
Vorsitzender.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

G e r t h e.

Die Generalversammlung fand am 6. 1. statt. Nach der Berichterstattung des Vorstandes wurde zur Neuwahl geschritten. Es sind gewählt: Adalbert Szlapczynski als Vorsitzender, Ladislaus Holoj als Schriftwart, Franz Brzechwa als Kassenwart. Zum Turnwart ist Hr. Gartaška gewählt. Sein Vertreter ist Valentin Stachowiak. Kassenrevisoren sind: Ignaz Alonowski und Martin Majchrzak. In den Beirat ge-

hören: Johann Stanislawski, Johann Wielgoß und Valentin Wojciechowski. Johann Nowak ist Bibliothekar. Sein Stellvertreter ist Michael Ratajczak II. Von 60 Mitgliedern wurden 20 gestrichen, neu hinzugekommen sind 16. Gegenwärtig hat der Verein 56 Mitglieder. In der Kasse sind 178,44 M. Der Verein besitzt eine Bibliothek, 1 Red., 1 Barren, 1 Matraze, 1 Sprunggestell, 1 Windbüchse, 25 Turnstäbe und 1 Schrank.

Vom 24. April 1908 bis 6. Januar 1909 hielt der Verein 10 Versammlungen, eine Generalversammlung und eine Vorstandssitzung ab. Es wurde ein Stiftungsfest am 10. 9. gefeiert. Am 5. 12. 08 wurde ein Kosciuszkoabend veranstaltet.

An den Versammlungen nahmen durchschnittlich 25 Mitglieder teil. Trotz der geringen Zahl herrschte in den Versammlungen immer der nationale Geist.

Gut Heil!

Adalbert Szlapczynski,
Vorstandender,
Hiltrop 85.

Ladislaus Holuj,
Schriftwart,
Gerthe 83 a.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

B r a u c.

Am 31. Januar d. J. fand die Generalversammlung statt. Es wurden 8 monatliche und eine halbjährliche und eine Generalversammlung abgehalten. Der Verein zählte 24 Mitglieder. Es wurden zwei geschlossene und ein öffentliches Vergnügen veranstaltet. Der Verein nahm teil am Stiftungsfeste der Brudervereine in Gladbeck und Carnap, erhielt in Gladbeck für die meiste Mitgliederzahl einen Ehrenpreis, hatte 518,10 M. Einnahmen und 400,60 M. Ausgaben. Der gegenwärtige Stand der Kasse beträgt 117,50 M. Der Verein besitzt keine Turngeräte, die Versammlungen werden jeden zweiten Sonntag des Monats im Lokale des Herrn Kampfhofe stattfinden. In den Vorstand sind gewählt worden: Lorenz Stachowiak als Vorsitzender, (Franzstr. 6), Stefan Krzywofondzki als Stellvertreter, Johann Heger als Schriftwart (Franzstr. 6), Josef Jkhal als Stellvertreter, Wilhelm Wloka als Kassenwart (Hofstr. 278), Jakob Nowak als Stellvertreter, Rajmimir Kaluzny als Turnwart (Rosheidestr. 75), Stanislaus Krzywofondzki als Unterturnwart. Andreas Wujek, Stanislaus Stajiak, Franz Wilczek. Alle Schriftsachen sind an den Vorsitzenden oder den Schriftwart zu richten.

(Dem Vorstand dürfen nicht mehr als drei Mitglieder bilden. Der Rest gehört zum Beirat. Es sind sofort die Statuten zu ändern. P. R.)

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

B o c h u m - R i e m f e.

Die Generalversammlung fand am 10. Januar 09 statt. Es nahmen daran teil 30 Kameraden, 7 weibliche Sokols und 6 Gäste. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir folgendes: Es waren 253,47 M. Einnahmen und 208,58 M. Ausgaben, in der Kasse verbleiben 45,04 M. An Turngeräten besitzen wir Red., Barren, Sprunggestell, 25 Turnstäbe, 48 Fähnchen und eine Matraze. In den Vorstand sind gewählt worden: Franz Garczyn als Vorsitzender (Hoffederstr. 241, Bochum V), Josef Chornycki als Schriftwart (Bochum V, Medstr. 1), Josef Szarc als Kassenwart (Bochum V, Riemkerstr. 75), Ladislaus Malinowski als Turnwart (Riemke-Kanalstr. 28),

Leo Koperski als Unterturnwart. In den Beirat gehören: Franz Ptajzyk, Adam Roskowiak, Valentin Wojciechowski und Johann Janowski. Unser Verein zählt 40 Mitglieder. Am „Kosciuszkoabend“ wurden 6,80 M. gesammelt. Es wurden 9 monatliche und eine halbjährliche Versammlung abgehalten.

Franz Garczyn,
Vorstandender.

Josef Chornycki,
Schriftwart.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

W i l h e l m s b u r g.

In der halbjährlichen Generalversammlung am 17. Januar 1909 sind in den Vorstand gewählt worden: Stanislaus Nowicki als Vorsitzender, Ludwig Gervanski als Stellvertreter, Stanislaus Paszek als Schriftwart, Josef Wiczorek als Stellvertreter, Franz Nowicki als Kassenwart, Franz Jonszowicz als Stellvertreter, Franz Barczak als Bibliothekar, Krzyzan Kubiak als Stellvertreter, Rajmimir Grzeszkowiak und Eduard Czarnecka als Beisitzer. Unser Verein hatte im Halbjahre 639,42 M. Einnahmen und 620,10 M. Ausgaben, es verbleiben in der Kasse 19,32 M. Der Verein zählt 70 Mitglieder, davon sind 58 Männer und 12 Frauen. Alle Vereinsbriefe sind an den Vorsitzenden Stanislaus Nowicki, Deringstraße 158 I, oder den Schriftwart Stanislaus Paszka, Schulstraße 16 III, zu senden. Zum Turnwart ist Ignaz Zawielak, zum Stellvertreter Roman Baranski gewählt worden.

Stanislaus Nowicki,
Vorstandender.

Stanislaus Paszek,
Schriftwart.

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

R ü n t h e.

Am 17. Januar fand die Generalversammlung statt. In den Vorstand gehören: Paul Wawrzyniak als Vorsitzender, Stanislaus Witczak als Schriftwart, Bartholomäus Wrobel als Kassenwart, Stephan Ptak als Turnwart, Johann Byndziela als Stellvertreter. Die Versammlungen finden jeden letzten Sonntag im Monat statt. Geübt wird jeden Dienstag und Freitag von 7 Uhr abends an. Alle Briefe sind an den Vorsitzenden P. Wawrzyniak, Rünthe 98 b. Werne a. Lippe zu senden.

P. Wawrzyniak,
Vorstandender.

Stanislaus Witczak,
Schriftwart.

Der bisherige Vorsitzende des Sokols, Maximilian Brodowiak, unterschlug dem Verein 17,50 M.; nicht genug daran, ging er in der Umgegend umher und sammelte dort Geld für eine Fahne der kirchlichen Vereine. Also Kameraden und Brüder, nehmt euch vor diesem Brodowiak in acht!!

Aus Nr. 4 des Sokół (Posen)
vom 15. Februar 1909:

R a u g e l - S a b i n g h o r s t.

Der Vorsitzende Peter Wilczynski eröffnete die Generalversammlung, die am 17. Januar d. J. stattfand. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß der Verein 15 Versammlungen, darunter 3 vierteljährliche und eine außerordentliche abgehalten hat. Die Vereinsbibliothek ist 46 Bändchen stark. Das Vereinsvermögen beträgt 20,91 M., die zur Anschaffung von neuen

Bibliothekbüchern bestimmt sind. Der Verein zählte im verflossenen Jahre 85 ordentliche und 2 Ehrenmitglieder. Es wurden wegen Nichtbezahlung des Beitrags 33 gestrichen, 10 wechselten den Arbeitsort, 3 traten zu Militär ein, ohne Angabe der Gründe sind 2 ausgeschieden, es verbleiben also für das laufende Jahr 35 Kameraden. Wir bedauern die Interesselosigkeit für die Sokolsache! Der Verein besitzt verschiedene Turngeräte. Der Verein hatte 501,95 M. Einnahmen und 449,01 M. Ausgaben. Es verbleibt ein Reingewinn von 52,94 M. Aus den Vorjahren besitzt der Verein 256,43 M. Vermögen, wovon 200 M. zu 5 % ausgeliehen sind (? P. K.) — Es verbleibt für das laufende Jahr ein Vermögen von 309,37 M. In den Vorstand sind gewählt: Peter Wilczynski als Vorsitzender, Johann Springer als Schriftwart, Vinzent Szczeny als Kassenwart, Felix Dutkiewicz und Johann Gierczyk als Kassenrevisoren, Johann Handke, Roman Wila und Anton Gorny als Beiräte, Josef Baranik als Bibliothekar, Adalbert Wczura, Stellvertreter, Josef Wilczynski und Andreas Konieczny als Turnwarte. Geübt wird jeden Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends.

Wir haben das Vereinslokal gewechselt. Das neue ist für uns bequemer, und wir hoffen, daß die Kameraden dadurch mehr Interesse für die Sache bekommen werden. Die deutschen Turner erschrafen, als sie hörten, daß sie mit den Sokols den Saal teilen sollten und boykottierten den Gastwirt, damit er uns den Saal kündige. Aber der Gastwirt blieb uns gewogen, und die Deutschen verließen das Lokal. Kameraden, zeigen wir, daß je mehr uns die Feinde unterdrücken, wir uns desto mehr im Sokol zusammenschließen werden! Die Versammlungen werden jeden 3. Sonntag des Monats nachmittags um 4 Uhr stattfinden. Briefe, die den Verein betreffen, sind unter der Adresse: Peter Wilczynski, Raugel, Bahnhofstraße 28, zu senden.

Peter Wilczynski Johann Springer,
Vorsitzender. Schriftwart.
Vinzent Szczeny,
Kassenwart.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 42 des Ozas (Kraflau)
vom 22. Februar 1909:

Wen werden sie enteignen? — Eine Unterredung mit dem Reichskanzler. — Der Kaiser über die Enteignung. — Goldspendendes Land. — Das Emporblühen der großpolnischen Linken. — Die Antipathie der Rechten. — Der Dziennik Poznanski.

Posen, den 17. Februar 1909.

Man kann von der gegenwärtigen Zeit in der Provinz Posen alles sagen, nur nicht das eine, daß sie ruhig sei. Es brodelt und zischt in der politischen Arena und vielleicht noch mehr hinter den Kulissen. Wir erwarten viele sichere Dinge, aber auch viele Überraschungen. Der Statthalter von Posen, v. Waldow, reist oft nach Berlin, in der Ansiedlungskommission finden fortwährend Sitzungen statt und unter der Schar der Vermittler herrscht eine fieberhafte Bewegung. Die Enteignung soll im Frühjahr ihren Anfang nehmen. Wen wird man enteignen? Wen zuerst? Die öffentliche Meinung nennt verschiedene Personen. In erster Linie eine polnische Millionärin, die in Frankreich anständig, französische Untertanin ist und über zwanzig-

tausend Morgen Land in der Provinz Posen besitzt. Andere behaupten, daß die Bundesgenossen, die österreichischen Bürger, den Reigen eröffnen werden. Noch andere, vielleicht die scharfsichtigsten, behaupten, die enteignenden Behörden würden zweierlei Dinge zu vermeiden suchen: unnötige Sensation und zweifelhafte Prozesse. Dieselben versichern, daß man in Regierungskreisen schon längst zum Bewußtsein gekommen sei. In den Berliner maßgebenden Kreisen weiß man heute recht gut, ein wie gefährlicher Schritt die Unterstützung der Enteignung seitens der Regierung und der Krone gewesen ist. Hundertmal gefährlicher für die feudalen, aristokratischen deutschen Junker, als für die polnische Gesellschaft. Man soll dies in den allerhöchsten Kreisen eingesehen haben, aber die Reue kam zu spät. Tatsächlich zu spät, denn das, was für die Deutschen das schlimmste dabei ist, war bereits geschehen und kann nicht mehr ungeschehen gemacht werden.

Einer der wenigen, die Parteiverhältnisse in Deutschland verfolgenden Polen kam unlängst mit einer hervorragenden Persönlichkeit aus dem freisinnigen Lager zusammen. Er erfuhr von ihr interessante Dinge. Als nämlich vor einigen Wochen der parlamentarische Block schwankte und die Regierung im Stillen mit dem Zentrum zu unterhandeln begann, um eine neue Mehrheit zu schaffen, da legten die Freisinnigen eine Gegenmine an. Einer von ihnen unterhielt sich auch mit dem Reichskanzler und erwähnte so nebenbei, daß die Fortschrittler eine neue politische Grundlage im Lande nötig hätten.

„Wie soll die Grundlage sein?“ fragte lächelnd Fürst v. Bülow. Jener aber antwortete:

„Die Enteignung, Sr. kaiserlichen Majestät und Euerer fürstlichen Durchlaucht glänzender Gedanke, müßte auch die deutsche Gesellschaft umfassen.“

Der Reichskanzler kam auf einen anderen Gegenstand zu sprechen, am nächstfolgenden Tage aber verkündeten die halbamtlichen Organe urbi et orbi, daß es eigentliche Unterhandlungen mit dem Zentrum garnicht gegeben habe und die Regierung nichts so sehr wünsche, als die Erhaltung des Blocks in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung.

Das Enteignungsgepenst fängt also bereits an zu wirken und wird in Zukunft noch oftmals in die Erscheinung treten. Es würde noch viel mächtiger wirken, wenn am Ruder Leute wären, die an die eigene Zukunft glaubten. Fürst v. Bülow glaubt an sie nicht. Sein Ehrgeiz besteht darin, sich noch einige Zeit, um jeden Preis, am Staatsruder zu halten und dann après moi le déluge.

Anders steht die Sache mit dem Kaiser. Er soll sich schon bei den preußischen Konservativen darüber beschwert haben, daß man ihm die gefährlichen Seiten der Enteignung nicht genügend klargelegt habe, daß man dies aber jetzt tue.

Eine derartige Klage ist natürlich nichts anderes, als nur eine Ausflucht. Wilhelm II. drängte sich während seiner ganzen Regierungszeit persönlich auf der politischen Arena vor, handelte direkt und agitierte für die Vorlagen, die seine Anerkennung fanden. So verhielt sich die Sache auch bei der Enteignung. Nicht eine, sondern eine ganze Anzahl von Personen hatten den Mut, auf die üblen Folgen der Enteignung für die deutsche Gesellschaft aufmerksam zu machen. Einer der katholischen Kirchenfürsten hatte sogar seinerzeit aus der Unterredung mit dem Monarchen den Eindruck gewonnen, daß der Kaiser unter keinen Umständen das Enteignungsgesetz unterschreiben würde. Es ka anders. Die hafatistischen Strömungen siegten, zu dem Siege aber trug die ewige Sorge Wilhelms II. bei, für die deutschen Nerven eine Ablenkung zu schaffen. Die beste Ablenkung ist seiner Ansicht nach die polnische

Frage. Die Enteignung wurde deshalb zum Gesetz erhoben. Aber die Sorgen und Zweifel sind nicht verschwunden. Im Gegenteil, sie vermehren sich fortwährend, denn ein Rückzug ist jetzt schwer, ungeheuer schwer. Bismarck konnte sich zurückziehen, als er merkte, daß er sich irre. Dies können seine kleinen Nachfolger nicht. Sie sind zu klein und zu schwach dazu. Die Größe eines politischen Führers wird ebenso nach seinen klugen Rückzügen, wie nach seinem kühnen Vordringen bemessen.

Von einem Rückzuge bei der Enteignung kann deshalb keine Rede sein. Ohne Lust und mit zunehmender Überzeugung von der Schädlichkeit ihrer Politik wird die gegenwärtige Epigonenregierung sie jedoch weiter fortführen. Nur daß die so unternommene Aktion sich entsprechend der Stimmung der Unternehmer gestalten wird. Es ist daher höchst wahrscheinlich, daß die Ansiedlungs-Kommission nach wie vor danach trachten wird, Landgüter aus freier Hand zu erwerben. Ihre letzten, ziemlich bedeutenden Käufe beweisen es. Die Enteignung aber wird in erster Linie diejenigen treffen, von denen die Leute jetzt schon munkeln, daß die Agenten zwischen ihnen und der Ansiedlungs-Kommission verhandeln. Die Enteignung soll solchen Leuten als Deckmantel dienen.

Videremo! In Berlin herrscht heute eine derartige Ratlosigkeit, alles geht so bunt durcheinander, daß der politische Wahrsager immer viel Platz für die unberechenbaren Faktoren übrig lassen muß.

Außer der gesellschaftlichen Seite der Enteignung, allerdings der schlimmsten, tritt auch die wirtschaftliche, gewissermaßen die zufällige, immer mehr in die Erscheinung. Die Enteignung fällt in die Epoche der größten landwirtschaftlichen Entwicklung. Zu diesem Aufblühen trugen viele Ursachen bei, daraus ergibt sich als allgemeine Folge die Preissteigerung des Grundes und Bodens. In Großpolen stiegen die Bodenpreise in den letzten Jahren ungeheuer. Trotzdem bleiben sie hinter dem wirklichen Werte des Bodens noch weit zurück. Gehandelt werden nämlich meist kleine oder in verhältnismäßig geringer Kultur befindliche Landgüter. Der wirkliche Wert des guten und in guter Kultur befindlichen Grundes und Bodens beträgt etwa zweitausend Kronen für den österreichischen Morgen. Bekanntlich zahlt aber der Staat bei der Enteignung des Grundes und Bodens zu Eisenbahn- oder Festungszwecken usw. über den Wert hinaus, manchmal zweibis dreimal so viel. Wenn wir nun selbst die ganze Tendenz der preussischen und deutschen Gerichte in Betracht ziehen, können wir jedenfalls nicht daran zweifeln, daß den Eigentümern wenigstens der streng sachliche Wert der enteigneten Landgüter zuerkannt werden wird. Dies genügt aber, um der Regierung die Enteignung mehr als unbequem zu machen.

Der Posener Landwirt wartet deshalb ruhig ab, indem er immer fleißiger arbeitet, indem er immer mehr seine goldspendende Werkstatt verbessert. Dieser Fleiß, dieses Talent, Geld zu machen, tritt in der ganzen polnischen Gesellschaft im preussischen Anteil in die Erscheinung und ist zweifellos nicht nur das beste Schutzmittel, sondern auch ein Beispiel für die anderen Landesteile. Merkwürdig sind jedoch die Folgen in der inneren Landespolitik. Die unteren Bevölkerungsschichten gelangen, bei zunehmendem Wohlstand, zu politischem Zielbewußtsein. Die höheren, namentlich die adeligen Großgrundbesitzer, im materiellen Kampfe versunken, verlieren immer mehr den Anschluß an die Führer der polnischen Politik in Preußen.

In gewissem Grade ist dies eine natürliche Erscheinung. Die Demokratie wächst, nimmt zu und bereichert sich, bringt also natürlich ihren Einfluß auch in der Politik zur Geltung. Unsere Linke ist heute ein

weites Lager, welches eine umfang- und einflußreiche Presse besitzt, ein Lager, das intimer mehr das Gesamtbild des ganzen politischen polnischen Lebens im preussischen Anteil umfaßt. Unsere Linke ist jedoch nicht einheitlich. In ihr kämpfen verschiedene örtliche Strömungen gegen die bei uns vor einigen Jahren eingeführte Nationaldemokratie, die darauf hinausgeht, sich aller fortschrittlichen Scharen zu bemächtigen und sie zu kontmandieren. Der Hauptstab der hiesigen Nationaldemokratie sammelt sich um den neuen Kurjer Poznański. Im Laufe seines vierjährigen Bestehens haben dieses Blatt und seine Anhänger viel getan, um die ganze Linke zu organisieren und zu beherrschen und somit die Landespolitik zu leiten. Wenn die Erfolge nach dieser Richtung hin noch nicht ganz den Bemühungen entsprechen, so ist die Ursache davon in der Vergangenheit zu suchen. Die Nationaldemokratie hielt bei uns verhältnismäßig spät ihren Einzug. Jahrelang bekämpfte sie energisch und verwehrt ihr den Eintritt in das Land der Hauptführer der ehemaligen Volksparteiler, Dr. Roman Szchmanski, der selbst das Wesen der nationaldemokratischen Politik so fürchtete, daß er oftmals vorzog, Fühlung mit den Elementen der Rechten zu suchen. In den letzten zwei Jahren seines Lebens schloß er, sich zu schwach fühlend, ein Kompromiß mit seinen früheren Feinden, nach seinem Tode aber trat ein nationaldemokratischer Faktor bei uns in seiner wahren und unverfälschten Gestalt zum ersten Mal in die Erscheinung. Heute wird mit der ganzen Kraft organisiert und daran gearbeitet, die politische Direktive in die Hand zu bekommen. Dieses Zentralkommando gefällt aber nicht immer dem Rest der ehemaligen Posener Volksparteiler, die heute ihres Hauptes und ihrer eigenen Leitung beraubt sind. Es gefällt auch nicht den westpreussischen Volksparteilern. Kurz, in unserer weiten und breiten Linken geht eine interessante Schwenkung vor sich, die Ansichten ändern sich, die Einflüsse und Strömungen kreuzen sich.

Leider erfreut sich bei uns die Rechte nicht einer gleichen politischen Lebensfähigkeit. Mit Recht bemerkte jemand unlängst: An unserem politischen Wagen dreht sich das linke Rad tüchtig und schnell, während das rechte unbeweglich ist und knarrt.

Lassen wir es knarren! Wie viel Beschwerden und Klagen werden nicht unter unseren Konservativen über die Schändlichkeit der Radikalen geführt. Wie viel verzweifelte Prophezeiungen, daß sie die polnische Sache den größten Verlusten aussetze. Wie viel Bedauern über ihre schwarzen Pläne und Intrigen!

Wenn wir derartige Klagen nicht an einer, nicht an zehn Stellen hören, sondern aus dem Munde sehr, sehr vieler Menschen vernehmen, erhalten wir den Eindruck, daß unsere Politik ein brennendes Haus ist, in welchem unsere Radikalen sich mit Fackeln tummeln. Und der erste Gedanke ist der, daß man retten müsse, was noch zu retten sei.

Kurze Zeit darauf aber bemerken wir, daß die Sache ganz anders liegt. Zu Hause wirtschaften zwar die Radikalen und es ist dort etwas warm, aber das Haus brennt noch lange nicht. Derjenige aber, der sich beklagte und beschwerte, versucht nicht einmal, die Tür zu öffnen und sich ebenfalls einzuwirtschaften.

Je größer die Klagen unserer Elemente über die Linke sind, desto unverständlicher ist ihre Apathie in politischen Angelegenheiten. Ich erlaube mir, zweierlei Dinge zu behaupten. Zunächst, daß unsere Linke nicht so schwarz ist, wie sie gemalt wird, daß sie jedenfalls konservativer ist, als ihre Schwestern in Galizien und im Königreich Polen. Dann aber, daß unsere Rechte sich trotzdem aufrütteln und, anstatt die Rolle einer beleidigten und verbissenen Abstinenz zu spielen,

ich ehrlich und tüchtig an die politische Mitarbeit heranzumachen müßte.

Es ist im öffentlichen Leben eine ungesunde Sache, wenn ein großer Bruchteil der Gesellschaft im passiven Gegensatz auf dem politischen Gebiete verbleibt. Es geht viel guter Wille verloren, viele Fähigkeiten und mancher gute Einfluß kommen abhanden und man kann sich gar nicht darüber wundern, daß angesichts des freiwilligen Sichzurückziehens der gemäßigten Elemente die radikaleren in den Vordergrund treten. Es geschieht schließlich das, was heute zum Teil schon Tatsache ist, nämlich, daß eine freiwillige Enthaltensart sich allmählich in eine unfreiwillige verwandelt.

Eine äußerst ehrliche und taktvolle Rolle spielt in der ungesunden Sachlage das größte Blatt im preußischen Anteil, der Dziennik Poznański. Unter der früheren Redaktion bildete er oftmals den Ausdruck fader und inhaltsloser Beschwerden gegen die Radikalen. Jetzt, unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Kasimir Puffe, nimmt der Dziennik eine realere Stellung ein. Der Apathie der Rechten und der immer größeren Mühsamkeit der Linken in unserem öffentlichen Leben gegenüber läßt er sich auf Polemik nicht ein, sondern beschränkt sich vorläufig auf eine vernünftige, kritische Berichterstattung und auf die Information über unsere innerpolitischen Angelegenheiten. Auch in journalistisch-technischer Hinsicht steht heute der Dziennik Poznański im preußischen Anteil tatsächlich ohne Wettbewerb da.

Aus Nr. 97 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 23. Februar 1909:

Die deutsche Besiedelung im Königreich Polen.

Der Glos Plocki verschickte an seine Leser eine Anlage in Form einer Karte, auf welcher der deutsche Besitzstand im Dobriner Lande dargestellt wird. Die Karte besteht aus zwei Teilen: in dem einen wird die Lage im Jahre 1897, in dem anderen die im Jahre 1907 vorgeführt. Aus der Zusammenstellung der beiden Karten ist zu ersehen, daß die Deutschen einerseits den Ankauf von Grund und Boden in den angrenzenden Gemeinden und in der Weichselniederung anstreben, andererseits sich bemühen, sich in dem Mündungsgebiet der Strwa, welche die natürliche Ostgrenze des Dobriner Landes bildet, anzusiedeln. Die deutschen Ansiedler trachten danach, Land in der Nähe der Städte Sierpiec, Lipno und Rypin zu erwerben und diese allmählich mit einem Kranze ihrer Besitzungen zu umgeben. Manche behaupten, daß dies, wie überhaupt das Bestreben der Deutschen, sich in der Nähe von Festungen anzusiedeln, eine strategische Bedeutung habe. Die vorerwähnten Städte nämlich sind sehr stark mit Militär belegt, das zum Schutze der Grenzen von der deutschen Seite für den Fall eines Krieges zusammengezogen wurde.

